

# Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 7. November 1901.

№ 130.

### Der neue Tarif.

IX.

Am Schlusse der Beratungen des Tarif-Ausschusses empfahl der Vorsitzende des Tarif-Amtes, Herr Bügenstein, dem Bundesrate und dem Reichsamte des Innern von der sozialpolitisch wichtigen Thatsache telegraphisch Kenntnis zu geben, daß wiederum auf fünf Jahre für ein ganzes nationales Gewerbe der soziale Frieden gesichert sei und daß eine Reihe brennender gewerblicher Fragen für diese Dauer eine möglichst befriedigende Regelung gefunden habe. Doch nicht die Thatsache, daß in den Zeiten der anhaltenden wirtschaftlichen Depression für etliche Zehntausende von Arbeitern eine durchschnittlich  $7\frac{1}{2}$  proz. Lohnerhöhung auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen erzielt wurde, daß durch einen bis ins kleinste gehenden und vorzüglich funktionierenden tariflichen Apparat auch für die Ein- und Durchführung dieser verbesserten Lohnsätze erfolgreich gewirkt werden kann, daß die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise einen der hauptsächlichsten Konfliktstoffe zwischen Prinzipalen und Gehilfen beseitigt und den Begriff „tariftreu“ erst wirklich usw. usw., ist u. G. allein maßgebend gewesen für den Vorschlag des Herrn Bügenstein und seine Billigung durch den Tarif-Ausschuß, sondern in erster Linie die Erwägung, daß man der Hilfe der Regierung nicht entraten kann, wenn dem hauptsächlichsten Krebschaden im Gewerbe, der Lehrlingszucht, mit Aussicht auf Erfolg entgegengewirkt werden soll, während ferner die Aufrechterhaltung und Verallgemeinerung des Tarifes wesentlich auch dadurch beeinflusst wird, in welchen Druckereien die behördlichen Organe des Staates ihre Druckerarbeiten anfertigen lassen.

Ob es dem einen oder andern nun angenehm ist oder nicht, auf die Hilfe der Regierung angewiesen zu sein, wenn in der Lehrlingsfrage befriedigende Zustände durch gesetzliche Bestimmungen herbeigeführt werden sollen, darauf kommt es nicht an, sondern darauf, in welcher angängigen Weise man die einflussreichsten Repräsentanten der Regierung neben dem tatsächlichen Materiale selbst am wirksamsten für unsere Wünsche und Bedürfnisse interessieren kann. Und da dünkt uns der vom Tarif-Ausschusse eingeschlagene Weg aus taktischen und praktischen Gründen sehr zweckmäßig — gleichviel, wie nahe oder ferne in der Sympathie man der heutigen Regierung und ihren leitenden Personen auch stehen mag. Wir sind objektiv genug, zu verstehen, daß ein Teil unserer Kollegen in dem Absenden jener Telegramme einen Verstoß gegen die Auffassung erblickt, wie sie in Arbeiterkreisen der Regierung gegenüber zum Ausdruck kommt, aber bestreiten müssen wir ganz entschieden, daß mit den Unterschriften der Gehilfenvertreter auf den genannten Telegrammen die Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung verletzt sind. Für den ersten Augenblick, beim Verlesen des Telegrammes in der Tarif-Ausschuß-Sitzung, waren auch uns Bedenken aufgefallen, ob die Absendung dieser Telegramme zu beantworten sei, bei ruhiger und kühler Erwägung konnten diese Bedenken aber nicht aufrecht erhalten werden. Außerdem konnten wir

sowohl wie Döblin weder einen direkten noch indirekten Einfluß auf die Entscheidung des Tarif-Ausschusses in dieser Sache ausüben. Weil wir also diesem Beschlusse vollständig fern stehen und ihn auch der Gehilfenschaft gegenüber nicht zu verantworten haben, sind wir auch in der Lage, leidenschaftslos zu prüfen, ob die in Kollegen- und Gewerkschaftskreisen sowie in der deutschen Arbeiterpresse geübte Kritik den Thatsachen und der Logik gegenüber Stand zu halten vermag.

Hat man in unseren Versammlungen jene Telegramme bloß als „schändlich“, „unwürdig“ und „schmachvoll“ bezeichnet, so ist der Ton in der übrigen Gewerkschafts- und Arbeiterpresse etwas höher gestimmt — das liegt so in der Natur der Dinge. Und je weniger sich die Arbeiterpresse um die tatsächlichen Ergebnisse der Tarifrevision selbst kümmerte, je mehr jene Presse unterließ, ihre Leser über die Bedeutsamkeit der materiellen und sozialen Errungenschaften im Buchdruckgewerbe aufzuklären — rühmliche Ausnahmen davon sind die Frankfurter und die Magdeburger Volksstimme —, desto mehr war sie bemüht, auf Grund jener Telegramme Stimmung gegen die Buchdrucker zu machen. Nun wird aber von keiner Seite bestritten werden können, daß eine nicht parteipolitisch abfärbende Gewerkschaftsbewegung sich auf den Boden gegebener Thatsachen zu stellen und sich mit den Dingen von heute abzufinden hat, daß diese Gewerkschaftsbewegung ihre Arbeit und die Wünsche ihrer Mitglieder in der Gegenwart zu verwirklichen bestrebt bleiben muß. Von diesem Standpunkte aus wird man mehr oder weniger gezwungen, bestehende Verhältnisse anzuerkennen, wenn man sie erfolgreich beeinflussen will. Wenn in verschiedenen Einzellandtagen die Sozialdemokraten trotz ihrer prinzipiellen Gegnerschaft der heutigen Staatsgewalt das Budget, den Staatshaushaltsetat bewilligen, kann es kein großes taktisches — von Prinzipien kann hier keine Rede sein — Vergehen sein, wenn die Repräsentanten eines Gewerbes sich telegraphisch an einen Minister wenden, um von ihm eine günstige Aufnahme späterer Wünsche zu erreichen. Der Name des betr. Ministers thut da gar nichts zur Sache, zumal in Preußen, wo die Ministerherlichkeit kaum von einer Hofjagd zur andern Aussicht auf Bestand hat. Man muß auch die Absendung jener Telegramme in Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse verstehen. Was vor Jahren ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre, kann späterhin unter total veränderten Verhältnissen ein Akt kluger Voraussicht und zweckmäßigen Handelns sein. Und wer wird bestreiten wollen, daß unsere heutigen gewerblichen Verhältnisse denen von 1891 oder 1892 gegenüber eine vollständig veränderte Lage erheischen? So wie bei uns sind ähnliche Veränderungen in der ganzen Gewerkschaftsbewegung vor sich gegangen. Es wird ein immer größeres Gewicht auf die Tagesarbeit gelegt und naturgemäß kommt man damit in immer nähere Berührung mit dem Gedanken, seine Zukunftspläne nicht weiter zu stecken als man sie zu übersehen und zu beherrschen vermag. Seit einem halben Jahrhundert haben sich die Buchdrucker bemüht, gesunde Verhältnisse auf dem Lehrlingsgebiete zu

schaffen und nur von dem Gedanken geleitet, auch durch das Telegramm in dieser Frage einen Schritt vorwärts zu kommen, ist kein Widerspruch seitens der Gehilfenvertreter gegen die Absendung erfolgt. Wir können aber in der Lehrlingsfrage eine gesetzliche Regelung nicht entbehren, und wenn hier jede Hilfe für den Arbeiter selbst vom Teufel nimmt, na, so können die Buchdrucker auch mal diese Hilfe vom Grafen Posadowsky nehmen, der allerdings ebenso wenig Sympathien in Arbeiterkreisen besitzt wie der Teufel bei gutgläubigen Christen.

Hier aber kommen wir auf den Kernpunkt der ganzen Entrüstung. Man würde das Telegramm an den Reichskanzler noch hingenommen haben, aber das an den Minister der Buchhausvorlage hat dem Tasse den Boden ausgeschlagen. Auch wir können uns des Gefühls nicht erwehren, daß das Posadowsky-Telegramm besser unterblieben wäre, ohne daraus den Gehilfenvertretern einen Strick drehen zu wollen. Wenn es aber vorkommt, daß sozialdemokratische Abgeordnete ein Hoch auf Unternnehmer ausbringen, deren Arbeiter sich in der denkbar traurigsten Lage befinden, so braucht man nicht jeden Lapsus, der auch einmal den Buchdruckern unterlaufen kann, als Prinzipienverrat zu brandmarken. Aber auf eine sachliche und die besonderen Verhältnisse würdige Kritik seitens der Arbeiterpresse müßten eben die Buchdrucker Verzicht leisten. Nun ist aber die Hauptfrage die: Haben die Buchdrucker mit jenen Telegrammen ihre eignen oder fremde Arbeiterinteressen geschädigt? Ist mit jenen Telegrammen gegen allgemeine Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung verstoßen worden? Ja oder Nein!? Waren die Prinzipale der Meinung, durch jene Telegramme die auch von uns lang ersehnte gesetzliche Regelung der Lehrlingszahl und -verhältnisse näher rücken zu können, so lag für die Gehilfenvertreter keine Veranlassung vor, den Prinzipalen diesen Glauben zu nehmen, um schließlich den Vorwürfen zu entgehen, als sei den Gehilfenvertretern die Schuld aufzubürden, daß in genanntem Punkte nichts erreicht worden sei.

Aber auch die sozialdemokratische Presse — von den Stimmen aus der Gewerkschaftspresse haben wir bereits Notiz genommen — hat sich trotz aller Beurteilung zu einer Klarheit des Urteils nicht aufraffen können. Wie die Hamburger Buchdrucker in ihrer Resolution auch nur von dem Telegramm an den Grafen Posadowsky reden, so richtet sich auch in der sozialdemokratischen Presse die Entrüstung fast ausschließlich gegen das Posadowsky-Telegramm. Wo bleibt aber da das Prinzip? Das Prinzip nämlich, daß jedes Telegramm an deutsche Minister als „Prinzipienverrat“ zu bewerten ist. Man verurteilt eben nicht die Telegramme an sich, sondern nur dasjenige an Posadowsky. Damit ist die ganze Telegrammfrage entschieden. Wir werden auf manche interessante Einzelheit noch eingehen können, wenn wir einige jener Blätter hören, die sich mit dem „Buchdrucker-Rotau“ beschäftigt haben, wie fast einmütig die sozialdemokratische Presse diese Telegramme bezeichnet.

Der Vorwärts, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, schreibt:

„Wenn Unternehmer sich veranlaßt fühlen, bei jeder passenden Gelegenheit hochstehende Persönlichkeiten anzutelegraphieren, so ist das begreiflich und von ihrem Standpunkte aus verständlich. Unverständlich erscheint es uns dagegen, daß die Vertreter der Gehilfen die vorstehende, jedenfalls seitens der Prinzipalvertreter ins Werk gesetzte Kundgebung ohne Bedenken mitgemacht haben. Wenn Arbeitervertreter den Vater des Buchhausgesetzes, den Mann, welcher die denkbar schärfste Knebelung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung durchzusetzen sich bemühte, der bei der arbeitserfindlichen Unternehmerorganisation um die Herausgabe von 12000 Mk. zur Agitation für jenes Knebelgesetz anhielt, wenn Arbeitervertreter einen solchen Mann um seinen hochmöglichen Schutz für Einrichtungen ihrer Organisation ersuchen, so zeugt das allerdings von einer hochgradigen „Harmlosigkeit“ der Gesinnung.“

Die Leipziger Volkszeitung spricht ebenfalls nur von dem Posadowsky-Telegramme, ebenso die Nürnberger Tagespost von einem „Buchdrucker-Telegramme an den 12000 Mk.-Grafen nach Beendigung der geheim geführten Tarifverhandlungen“. Von einem „Buchdrucker-Rotau“ spricht die Königsberger Volkszeitung und bemerkt zu einem Versammlungsberichte aus Dortmund, in welchem die Absendung der Telegramme verurteilt wird: „Also wenigstens an einem Orte Buchdrucker, die ihre Arbeiterwürde zu wahren wissen.“

Zu dem „Buchdrucker-Rotau“ in der Elberfelder Freien Presse schreibt dieses Blatt:

„So weit haben es also die Buchdrucker unter der ‚glorreichen‘ Leitung der Herren Döblin und Rezhäuser gebracht. Dabei sind die Errungenschaften bei den neuen Abmachungen, worüber wir gestern berichteten, recht minimale. Aber auch selbst die 7½ proz. Erhöhung des Tarifes werden sich viele Prinzipale weigern zu bezahlen. Kein Wunder, daß die Verhandlungen geheim gehalten wurden.“

Die Chemnitzer Volksstimme schreibt:

„Der Redakteur Rezhäuser hat den Verhandlungen deselben Tarif-Ausschusses beigewohnt, der, zweifellos ohne dringende Notwendigkeit, den Vater der Buchhausvorlage, den Grafen Posadowsky, um seinen hochmöglichen Schutz antelegraphierte. Das war zweifellos ein Vertrauensvotum für den Vater der Buchhausvorlage, denselben Mann, den die Corr.-Redaktion mit aufs schärfste bekämpft hat. Weber Rezhäuser noch der Corr. hat bis jetzt jenes überflüssige Antelegraphieren des Vaters der Buchhausvorlage gerügt.“

Die Kieler Schlesw.-Holst. Volkszeitung schreibt unter der Spitzmarke „Nanu“:

„Daß aber die Vertreter der organisierten Gehilfen Anlaß haben, diesen Ministern und überhaupt deutschen Ministern Vertrauen zu schenken, verstehen wir nicht. Da der Tarif-Ausschuß eine Vereinigung der beiden Gegenätze für bestimmte Zwecke enthält, darf er nichts thun, was einem der beiden Teile nicht ansteht. Haben die Gehilfenvertreter im Tarif-Ausschuß diese famosen Telegramme wirklich mit beschloffen, so haben sie damit ihren Auftraggebern, den organisierten Arbeitern im Buchdruckgewerbe, einen Schlag ins Gesicht versetzt. Wenn die organisierten Buchdrucker sich noch als Mitglieder einer Kampforganisation gegen die Arbeitgeber — sie brauchen darum noch nicht einmal Sozialdemokraten zu sein — fühlen, so werden sie sich diese Verbeugung ihrer Beauftragten vor den 12000 Mk.-Leuten und Schutzgöttern sehr energisch verbitten und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen müssen. Hoffentlich stellt sich heraus, daß die Arbeitgebervertreter hier den Namen des Tarif-Ausschusses gemißbraucht haben. Wenn nicht, dann steht der Buchdruckerverband vor der Frage, ob er sich das gefallen lassen und als Freund der 12000 Mk.-Leute rangieren will. Wir wünschen dringend, daß dem nicht so sein möge. — Uebrigens, wie sieht denn der neue Tarif aus? Haben die Arbeitgebervertreter, die auf alle Fälle die Anstifter des servilen Telegramms sind, Grund zu so großer Freude? Ist dem so, dann ist die Gehilfenschaft um die Früchte ihres Hoffens gebracht.“

Unser alter Freund, das Halle'sche Volksblatt, schreibt zu einem Versammlungsberichte der Buchdrucker unter der Ueberschrift: „Der Rotau vor dem 12000 Mk.-Grafen“: „Der Zweck heiligt das Mittel, sagen die Jesuiten, und das Telegramm an Bülow und Posadowsky unsern Tarif, die Buchdrucker. Mit dieser Moral will die Arbeiterschaft nichts zu thun haben.“ An einer andern Stelle heißt es: „Die Herren Döblin und Rezhäuser haben es wirklich weit gebracht.“ — Nebenbei bemerkt, hat die Druckerei des Halle'schen Volksblattes wegen des „Ergebnisstellgrammes“ an Posadowsky ihren Austritt aus der Tarif-

gemeinschaft erklärt. Dazu werden wir uns später äußern.

Wie ersichtlich, richtet sich alle Entrüstung gegen das Telegramm an Posadowsky, daß aber die in heutiger Zeit durch die Tarifrevision erreichten Zugeständnisse der Unternehmer wie verschiedene andere Beschlüsse des Tarif-Ausschusses geeignet sind, den Gehilfen von größtem Nutzen zu sein, in dieser Richtung sucht man vergeblich in den genannten Blättern nach einer Zeile des Verständnisses und der Anerkennung. Es gewinnt den Anschein, als wollten diese Blätter ihren Lesern die Tarifrevision dahin verständlich machen, als hätten die Prinzipals- und Gehilfenvertreter sich eine Woche lang mit weiter nichts beschäftigt als mit der Beratung des Textes für die Telegramme. „Kein Wunder, daß die Verhandlungen geheim gehalten werden“ — trotz eines ausführlichen Protokolls. Wollen uns vielleicht jene Blätter aufklären, wie die Öffentlichkeit bei Beratungen von Delegierten über die Festsetzung eines Lohnvertrages gewahrt werden soll? Man will eben nur den Eindruck erwecken, als seien die Verhandlungen deshalb „geheim“ gehalten worden, weil die Gehilfen „verraten“ worden sind. Warum hat in Lübeck die „Paktei der Öffentlichkeit“ geheime Sitzungen abgehalten? Dem Vorwärts bemerken wir, daß die hochgradige, „Harmlosigkeit“ der Gesinnung der Gehilfenvertreter nicht harmloser ist als wenn ein ob seines Radikalismus auf dem Gothaer Parteitage sich spreizender Sozialdemokrat nachher Gnadengesuche an den König von Sachsen richtet und andere Genossen den König und die Geistlichen mit Bittgesuchen bestürmen. Die Chemnitzer Volksstimme irrt sich, wenn sie meint, infolge unferz Beiwohnens der Sitzungen des Tarif-Ausschusses wären wir mit verantwortlich für die gefaßten Beschlüsse zu machen. Wir haben auf die Telegramme gar keinen Einfluß ausüben können, sonst würden wir das Telegramm an Bülow beifürwortet und das an Posadowsky abgelehnt haben. Die Logik der Kieler Volkszeitung verstehen wir nicht. Die Gehilfenschaft soll „um die Früchte ihres Hoffens gebracht“ sein. Wenn also Wünsche und Hoffnungen der Arbeiter sich zur Zeit nicht realisieren lassen, dann hat man die Arbeiter „um die Früchte ihres Hoffens gebracht“. Da die Sozialdemokratie alle berechtigten Hoffnungen der Arbeiter nicht durchzusetzen vermag, weil sie nur wenig bisher erreichen konnte, hat sie die Arbeiter „um die Früchte ihres Hoffens gebracht“?! So will doch das Kieler Parteiblatt verstanden sein, obwohl wir bestreiten, daß die Buchdrucker bei der diesjährigen Tarifbewegung um die Früchte ihres Hoffens gebracht worden sind. Darüber in einem späteren Artikel. Wenn dieses Blatt sich wundert, daß die Buchdrucker zu deutschen Ministern Vertrauen haben, so mag doch die Sozialdemokratie dafür sorgen, daß andere, vertrauenswürdigeren Minister an die Stelle der heutigen treten. Vielleicht die Herren Thiele in Halle, Herbert in Stettin oder Pollender in Leipzig. Zu einem von diesen Herren als Minister des Innern hätten wir allerdings noch weniger Vertrauen als zum Grafen Posadowsky. Das Halle'sche Volksblatt sagt uns nach, die Buchdrucker hätten nach dem Motto gefandelt: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Das ist eine Beschimpfung, aber kein Beweis. Man hört hier förmlich die Angst heraus, als ob die Buchdrucker mit ihrer Tarifrevision und ihren Telegrammen doch Erfolg haben könnten. Das eine steht wohl fest: Mit dem „Jesuitismus“ in dem Halle'schen Parteiblatt können die Buchdrucker nicht konkurrieren. Wie gesagt, wir können dem Telegramme an Posadowsky keinen Geschmack abgewinnen, aber die Motive, die dazu geführt haben, waren ernste und haben mit einem angeblichen „Jesuitismus“ nichts zu thun. Uebrigens war es für diesen Minister, der die Arbeiterorganisationen mit Feuer und Schwert bekämpft, eine ganz nützliche Lehre, die Arbeiterorganisationen, die ihm ad oculos demonstriert haben, daß sie nichts weniger als Streikorganisationen sind, von einer ihm anscheinend fremd-

gebliebenen Seite kennen zu lernen und zu sehen, daß sie wirtschaftliche Faktoren sind, die eine friedliche Verständigung anstreben, wo die Möglichkeit auch nur annähernd gegeben ist. Wenn Graf Posadowsky in der Buchhausvorlage erklären läßt, daß die Streikbrecher „nützliche Elemente des Staates“ sind, die den ganz besondern Schutz der Regierung genießen müssen, so müßte doch Posadowsky dadurch menschlich verschiedenen Parteiblättern näher gekommen sein, welche die Streikbrecher in der Leipziger Volkszeitung beschützen und mit solchen Leuten auf Parteitag über das Wohl der arbeitenden Klasse beraten und mit ihnen prinzipiell den Streikbruch — auf dem Papiere — verurteilen. Nicht die Buchdrucker, sondern die sozialdemokratische Partei hat sich damit dem Grafen Posadowsky genähert und zwar im Prinzip. Will man sich also entrüsten, dann ist im eignen Lager Stoff genug dazu vorhanden. Vorläufig werden wir aber noch längere Zeit das Vergnügen haben, dem „Buchdrucker-Rotau“ in der sozialdemokratischen Presse zu begegnen. Und während man uns in effigie an den Galgen nagelt, kommen die Harmoniebusker immer weiter vorwärts in ihrer Organisation und auf dem Tarifgebiete. Und einzig und allein danach ist die Thätigkeit einer Gewerkschaftsorganisation zu bewerten — mag das Correspondenzblatt zehnmal das Vorgehen der Buchdrucker in der Telegrammfrage namens der „gesamten Gewerkschaftsbewegung“ weit von sich weisen. In dieser Angelegenheit steht außer den eignen Mitgliedern niemand ein Einspruchsrecht zu.

Zu dem jetzt den Buchdruckern gegenüber vielfach zur Anwendung kommenden Worte „Rotau“ (Bauchritschen) schreibt Herr Weinhausen in der nationalsozialen Zeit in Bezug auf die Entscheidung des Lübecker Parteitages in Sachen der Hamburger Accordmaurer: „Nach allem, was wir bis jetzt in der Hamburger Accordmaurer-Affaire gesehen haben, ist an einer bedingungslosen, ja an einer freundigen Unterwerfung der deutschen Gewerkschaften unter den Schiedspruch der sozialdemokratischen Partei nicht mehr zu zweifeln. Diese Partei, die es so meisterhaft verstanden hat, das chinesische Wort „Rotau“ in Deutschland populär zu machen und auf alle passenden und unpassenden Fälle anzuwenden, sie hat es noch meisterlicher verstanden, auch das Wesen des Wortes ihren Anhängern verständlich zu machen, so daß sie sich darin bereits gegenseitig überbieten. Das wunderbarste aber nach all diesen Vorkommnissen ist doch das, daß neuerdings schon wieder das Organ der Generalkommission der Gewerkschaften mit Stolz als die einzig für alle Arbeiter in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisationen die „freien und mit Recht neutralen Zentralverbände“ anpreist. Man muß vielleicht noch tiefer in chinesische Sprache und chinesisches Wesen eingedrungen sein, als es uns bisher gelungen ist, um diesen Widerspruch verstehen zu können.“

## Staffeltarif und Arbeitsnachweis.

In allen Versammlungen, die in letzter Zeit Stellung zum neuen Tarife nahmen, machte sich ein mehr oder minder großer Unwille gegen den Staffeltarif geltend, der hauptsächlich in der Befürchtung gipfelte, die Arbeitslosigkeit für die älteren Kollegen dürfte infolgedessen verschlechtert werden, als die Prinzipale in Zukunft mit Vorliebe jüngere Gehilfen einstellen würden. Gegen den Grundgedanken des Staffeltarifes — die älteren Gehilfen infolge ihrer erhöhten Verpflichtungen gegen Familie, Staat und Gemeinde auf Kosten der jüngeren etwas besser zu stellen, gegen diesen Grundgedanken sind ernsthaftige Einwendungen meines Wissens nicht gemacht worden. Es bleibt also zu erörtern, inwieweit die gehegten Befürchtungen zutreffen, d. h. inwieweit die jüngeren Gehilfen als Konkurrenten der älteren in Betracht kommen können. Es erscheint mir dies, da wir nun einmal mit dem Staffeltarife rechnen müssen, viel nützlicher, als in den Versammlungen den Entrüsteten zu spielen und nicht eintretende Gefahren zu prophezeien.

In Ermangelung einer anderweiten Statistik müssen wir die des Deutschen Buchdrucker-Bereins in Betracht ziehen, die ja im wesentlichen durch private Ermittlungen des Gehilfenvertreter's Eichler für Leipzig besätigt werden.



Danach sind es 24 Proz. Seher und 21 Proz. Druder, die unter die Bestimmungen des Staffeltarifes fallen und zwar 13 Proz. Seher, 11 Proz. Druder im Alter von 20 bis 21 Jahren und 11 Proz. Seher, 10 Proz. Druder im Alter von 21 bis 23 Jahren.

Können nun diese 24 Proz. resp. 21 Proz. jüngerer Kollegen wirklich eine so gefährdende Konkurrenz bieten, selbst wenn die Prinzipale die Bestimmungen des Staffeltarifes für sich ausnützen?

Die Antwort würde nur lauten können: Nein! — Die ganze Ausbildung unserer jüngeren Generation, von der Volksschule angefangen bis zur Beendigung der Lehrzeit, ist in den meisten Fällen eine ungenügende, weil nur oberflächlich und einseitig; der Sinn fürs Selbststudium, technische Ausbildung und energisches Vorwärtstreben ist — namentlich bei unserer Großstadtjugend — leider nur sehr selten zu finden und wo er vorhanden führt er immer erst nach Ablauf einer gewissen Zeit zu greifbaren Resultaten. Was ihnen fehlt, ist die Erfahrung einer Reihe von Jahren praktischer Thätigkeit in den verschiedensten Zweigen des Berufes. Der Neuausgelernte mag in seiner Lehrzeit, wo er alle Arbeiten kennt, in alle Einzel- und Eigenheiten des Betriebes eingeweiht ist, seinen Platz ausfüllen, in jeder andern Druckerlei wird er mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden haben und sich mitunter vor Aufgaben gestellt sehen, zu deren Lösung seine Kenntnisse nicht ausreichen. Ausnahmen werden auch hier nur die Regel bestätigen. Das soll und kann kein Vorwurf für unsere jüngere Generation sein, sondern das ist begründet in der Natur unsers so vielseitigen und hochentwickelten Gewerbes.

Wer da glaubt, daß ein Prinzipal lediglich wegen 50 Pf. oder 1 Mk. einen jüngeren Gehilfen einstellt, der kennt unsere Prinzipale schlecht. Der Platz, an den der Gehilfe gestellt wird, soll möglichst ausgenützt werden; von diesem Gesichtspunkte aus kalkuliert der Unternehmer. Ob nun wirklich leistungsfähige, jüngere Gehilfen sich von selbstthätigen Prinzipalen ausnützen lassen werden, das bezweifle ich, überdies liegt es zum großen Teile mit an den beruflichen Organen unsrer Organisation, dies zu verhindern.

Wenn man dies alles und außerdem die geringe Differenzierung des Staffeltarifes in Betracht zieht, so wird man zu dem Urteile kommen müssen, daß die gegestenen Befürchtungen zum mindesten arg übertrieben sind und daß die Art und Weise, wie der Staffeltarif ausgebeutet wird, um einen künstlichen Gegenatz zwischen älteren und jüngeren Kollegen im Verbanne zu konstruieren, auf das entschiedenste zu verurteilen ist.

Aber gesetzt den Fall, die Prinzipale oder ein Teil derselben verjuchte es, den Staffeltarif in der befürchteten Weise zu mißbrauchen, hat da die Gehilfenschaft nicht in dem paritätischen Arbeitsnachweise eine Waffe erhalten, sich dagegen zu wehren? Aber freilich, diese Arbeitsnachweise werden ja heute als etwas ganz Selbstverständliches, von vielen als etwas Nebenständliches betrachtet, das nicht verfolgt, darüber zu sprechen, genau so, wie 1896 die halbfrühdige Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn diese Kritiker des Staffeltarifes die wirklichen Vorteile der Arbeitsnachweise nur halb so sehr hervorgehoben hätten, wie die vermeintlichen Schäden des Staffeltarifes, sie hätten damit der Allgemeinheit einen großen Dienst erwiesen.

Nicht daß das Bestehen des paritätischen Arbeitsnachweises allein schon genügt, um alle Mißbilligkeiten zu beseitigen! Es wird einer hingebenden, opferfreudigen Arbeit bedürfen, um ihn für die Gesamtheit des Berufes nutzbringend zu gestalten. Gerade die Gehilfenschaft hat ein eminentes Interesse an der Organisierung der Arbeitsnachweise. Es muß immer wieder versucht werden, mit Hilfe der Tarifinstitutionen die Prinzipale zu verpflichten, ihre Arbeitskräfte in erster Linie vom Arbeitsnachweise zu beziehen. Von den Gehilfen muß selbstverständlich im umgekehrten Falle daselbe erwartet werden. Und könnte sich die Gehilfenschaft dazu entschließen, das sogenannte „Umshauen“, wie es in Großdruckstädten üblich ist, zu beseitigen, so wären mit einem Schlage alle Befürchtungen, die an den Staffeltarif geknüpft werden, beseitigt, denn der Prinzipal käme gar nicht dazu, jüngere Kräfte zu bevorzugen.

Eine derartige Maßregel mag manchem hart erscheinen, der Allgemeinheit, dem Ansehen unsrer Organisation und der Würde ihrer Mitglieder wäre ein großer Dienst geleistet. Ist es denn gar so erbebend, wenn wir sehen, wie heute Kollegen Tag für Tag von Bude zu Bude, treppauf und treppab rennen und mit ihrer Ware Arbeitskraft haufenweise gehen? Dabei will ich gar nicht einmal erwähnen, wie und wo da manchmal Konditionen erschlichen werden, wie dem Tarife und der Kollegialität Schnippen geschlagen werden! Jedenfalls gehört dieses „Umshauen“ mit zu den dunkelsten Punkten unsers Erwerbslebens und diese Frage verdient wohl in den Versammlungen und in der Presse eine eingehende Behandlung.

Eine vernünftige Organisation des paritätischen Arbeitsnachweises, etwas Energie auf Gehilfenseite und guter Wille auf Prinzipalseite ermöglichen es, die Mißstände auf diesem Gebiete einzudämmen und nach und nach ganz zu beseitigen.

Vor allem aber ist es notwendig, unseren Kollegen die volle Bedeutung dieser Erwerbsfrage klar zu machen, sie zum Nachdenken über den Nutzen derselben für unsre Organisation zu veranlassen. Das ist allerdings schwieriger und weniger dankbar, als Neuerungen, die unter

dem Drucke der Verhältnisse nicht in Kauf genommen werden müßten, abfällig zu kritisieren. Dem nach billigem Beifalle dürftest, der thue das letztere, wer Interesse an der ruhigen, stetigen Fortentwicklung des Verbandes hat, der wird gern mitarbeiten am Ausbau derjenigen Institutionen, die zum Wohle der Gesamtheit geschaffen wurden. Berlin. H. S.-s.

### Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Schluß.)

Die Urabstimmung im Senefelderbunde hat trotz des Geschreies und der Drohungen der Sonderorganisierten die Aufhebung der Reize- und Arbeitslosen-Unterstützung gezeitigt. Der Verein der Lithographen und Steindruckern übernimmt nun diese beiden Zweige und damit ist dann die vielbesprochene Gebietsabgrenzung perfekt geworden.

Als bemerkenswert wollen wir auch an dieser Stelle der von den Berliner Töpfern auf dem Verhandlungswege erreichten 15prozentigen Erhöhung ihrer Accordlöhne gedenken. Die Arbeiter haben zwar ihre Forderungen nicht vollständig durchsetzen können, da diese Aufbesserung aber seit 1886 die erste ist, werden sie mit dem Erfolge sich wohl zufrieden erklären. So selten während der Krise Lohnerhöhungen vorkommen werden, so sehr wird ihre Bedeutung abgezwängt, wenn — wie im vorliegenden Falle — derartige Abmachungen nur lokalen Charakters sind. Die Arbeitslosen aus der Provinz werden in noch größerer Zahl nach Berlin ziehen und nicht selten dort aus Not oder sträflichem Indifferentismus zu Lohnbrückeren werden.

Die Leitung des Metallarbeiterverbandes fährt mit der Anstellung von Bezirksleitern, über deren Funktionen wir früher schon näheres gebracht haben, rüstig fort. Die Organisation der Metallarbeiter ist bis jetzt die einzige deutsche Gewerkschaft, die die Schaffung eines leistungsfähigen Beamtenstabes systematisch betreibt.

Die Gemeindearbeiters beschäftigten mit ihren Forderungen die Stadtverwaltungen je länger je mehr. In Berlin, Zürich und ganz Württemberg sind oder werden noch die formulierten Wünsche derselben eingereicht, die in ersterm Orte zehn Positionen umfassen, von denen die Einführung von Arbeitsordnungen und Lohnskalen nach dem Dienstalter, die Gewährung von Urlaub (nach einjähriger Thätigkeit zwei und weitersteigend sieben Tage als Maximum), die Errichtung eines eignen Arbeitsnachweises unter Mithilfe der Arbeiter sowie die Bildung von Arbeiterauschüssen als hauptsächlichste gelten können.

Der von der elsass-lothringischen Regierung gegen die dortigen Filialen des Textilarbeiterverbandes unternommene Feldzug wird munter fortgesetzt, nach Mühlhausen sind Kolmar und Gebweiler daran gekommen und dies trotzdem die Behörden auf die vom Meyer Landgerichte erfolgte Abweisung dieser polizeilichen Schikanen aufmerksam gemacht wurden. Nun werden die Gerichte zu entscheiden haben. — In Cuneo wurde die Fabrikarbeiter der Textilarbeiterorganisation gemahregelt, womit die Fabrikanten anscheinend den Drang nach einem neuen Tange zu erkennen geben wollen.

Das Sachblatt der Bäcker sah sich genötigt, ein Klagegedicht anzustellen über den zunehmenden Verlust des mühsam Erungenen: es heißt darin: „So ist in allen Städten, wo wir in diesem Sommer Streiks und Lohnbewegungen gehabt haben, mindestens die Hälfte dessen, was erreicht worden ist, wieder verloren gegangen und wie hilflose Kinder stehen dort unsere Kollegen da und schimpfen auf die schuftige Handlungsweise ihrer Meister, ohne dabei zu bedenken, daß sie mit ihrer grenzenlosen Gleichgültigkeit und Feigheit den Arbeitgebern selbst die Veranlassung dazu gegeben haben zu solcher erbärmlichen Spiegelfechtereier und zu solchem Wortbruche.“ Das ist ja nun zweifellos betrübend und in dem besonders geschloßten Mainzer Falle sogar über die Maßen traurig, beweist aber auch wieder die Nichtigkeit des alten Erfahrungssages, daß aufrechterhalten sehr oft schwieriger ist als das Durchbringen der Forderungen selbst.

Der Zentralverband der Konditoren und verwandter Berufsgruppen kann auch auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken; in 18 Mitgliedstaaten zählt er 800 Mitglieder, das Vermögen beträgt 6500 Mk.

Die Handschuhmacher mußten den Beitrag von 45 auf 60 Pf. pro Woche erhöhen, eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit wie auch der von dem Fabrikantenvereine angebrochte Vernichtungskampf zwangen gebieterisch zu dieser Maßnahme.

In Würzburg ist unter Beteiligung einer merkwürdigen Zeugnishaft ein christlicher Steinarbeiterverband aus der Taufe gehoben. Die Gebatenschaft setzte sich nämlich aus 8 Geistlichen — eingeladen waren 42!! —, 2 Steinbruchbesitzern und 2 Steinmegpolierern zusammen. Wenn das Kind bei soviel Segen nicht geblüht, geht es sicher nicht mit rechten Dingen zu.

Der neuen, „auf durchaus unpolitischen Grundlage“ gegründeten Organisation der Bahnsteigkassierer und -förstner ist ein nicht gerade günstiges Prognostikon zu stellen. Die „Geheimräte“ des Herrn v. Thielen werden sie bald zur Strecke bringen, wenn sie ihre Daseinsberechtigung zu beweisen gedenkt. Wächst er aber zu einem Unzufriedenstamme heran, das selbst vor diesen Wächtern über Ruhe und Ordnung bestehen kann, ist sein Verfall nicht minder sicher.

Die Leitung der abgeordneten evangelischen Arbeitervereine Rheinland-Westfalens hat das Triforium Franken (Fabrikant und Reichstagsabgeordneter) Duandel (Medikatur eines unvortheilhaft bekannten Fabrikanten-) und Kapitalistenorgans) =Wiesenhoff übernommen. Den Kurs dieser übrigens nur 6000 Mann starken Abzweigung braucht man also nicht mit der Diogeneslaterne ausfindig zu machen, er wird jetzt nur noch mehr in das Fahrwasser steuern, das von der andern Richtung schon immer gern gemieden wurde, weshalb denn auch bei den „Verlassenen“ keine große Betrübnis über den endlichen Abfall des Hochmurer Fingels zu konstataren ist.

Die Augen der gesamten Gewerkschafts- wie überhaupt der Arbeiterwelt waren in den letzten Wochen nach Frankreich gerichtet, allwo man vor dem Ausbruch eines Generalstreiks der Bergarbeiter stand, der aber von vornherein eine Totgeburt ist. Wir sind — im Arbeiterinteresse — strikte Gegner dieser Art der Austragung von wirtschaftlichen Kämpfen, wo aber nationale Besonderheiten dieser Form den Vorzug geben wie in Frankreich, da darf doch wenigstens die Vernunft nicht gewaltfam zum Schweigen gebracht werden. Wenn von den 162000 Bergleuten — davon nur 65000 organisiert und von diesen wiederum nur 45000 in dem nationalen Bergarbeiterverbande — im ganzen 50000 sich an der Abstimmung beteiligten, von diesen 40000 für den Generalstreik und 10000 gegen denselben votierten, dann weiß man bestimmt, was die Glocke geschlagen hat. Die belgischen Bergleute haben in Anbetracht der ganzen Sachlage wohlweislich von einer Erklärung des Generalstreiks Abstand genommen und wenn die heißblütigeren Franzosen in letzter Minute diesem Beispiele folgten, so steht zu hoffen, daß sie die Sache noch einmal recht ruhig überlegen und nicht bloß die Eröffnung des Streiks hinaus-schieben.

Die für die belgischen Hafenarbeiter so ungünstig verlaufene Aussperrung im Antwerpener Hafen hat den beteiligten Organisationen große Verluste gebracht, der 11000 Mitglieder zählende neutrale Verband wurde sogar ganz aufgegeben. Man arbeitet jetzt indes eifrig an dem Wiederaufbau einer widerstandsfähigen Organisation der Hafenarbeiter.

Die niederländischen Gewerkschaften besitzen nach dem Muster der unsrigen seit dem 1. Oktober auch ein Korrespondenzblatt, das monatlich erscheint. — Der von den Amsterdamer Bodarbeitern geplante Boykott der englischen Schiffe zu dem ausschließlichen Zwecke, das ränke-richtige England zu einem angemessenen Frieden mit den beiden jüdisch-antimischen Republiken zu zwingen, ist jedenfalls ein Vorgang, der selbst Ben Aliba in Verlegenheit bringt. Während von den in Waffen erstarrten Groß- und Kleinmächten keine einzige den Mut findet, John Bull den Text gehörig zu lesen und dadurch alle die bis auf den Knochen blamierte Haager Friedenskonferenz vollständig preisgeben, bereiten die Beauftragten einer Gewerkschaftsorganisation die hauptsächlichsten Häfen, in denselben für ihre Friedensidee Propaganda machend. Jeder Versuch nach dieser Richtung wird zwar mißlingen, aber schon der Wille ehrt hier den Mann und wird für immer einen besondern Platz in der Weltgeschichte finden. Ein vernichtendes Urteil konnte über die heutigen Zustände wohl kaum gefällt werden wie hier von schlichten Arbeitern gegen ein schreiendes Unrecht.

Nach amtlich gegebener Uebersicht wurde im Jahre 1900 in England für 57726 Arbeiter die Arbeitszeit um durchschnittlich 4 1/2 Stunden pro Woche gekürzt, für 56857 um 4,21 Stunden und für 869 trat eine Verlängerung um 1,04 Stunden ein. Die Reduktion der Arbeitszeit ist also im Vorjahre ebenso umfangreich wie ausgiebig gewesen. Die ganze arbeitende Bevölkerung Englands in Betracht gezogen wäre seit 1893 allerdings nur eine Arbeitszeitverlängerung von knapp 10 Minuten pro Kopf eingetretet. Im Genusse des Achtstundentages befinden sich insgesamt 100780 Arbeiter. — Die englischen Streiks des verfloffenen Jahres blieben in jeder Beziehung erheblich hinter dem Durchschnitt zurück. Insgesamt wurden 648 Arbeitseinstellungen mit 188538 beteiligten Arbeitern und einer Gesamtdauer von 3152694 Arbeitstagen gezählt, besonders große waren für 1900 nicht zu verzeichnen. Hauptsächlich waren die Bergarbeiter engagiert, denen sich die Arbeiter der Textilindustrie, des Transportgewerbes, der Metallindustrie und des Baugewerbes anschlossen. Die Regelung der Lohnfrage war in den meisten Fällen die Ursache der Konflikte, die Arbeitszeitverkürzung brachte nur wenig Differenzen, die Organisationsfrage auffälligerweise häufig. 30,5 Proz. der Streiks endeten zu gunsten der Arbeiter, 24,79 Proz. mit teilweisem Erfolge der Arbeiter, 41,72 Proz. der Konflikte endeten durch Vergleich zwischen den Parteien, 3,44 Proz. blieben unerledigt; das Resultat war für die Arbeiter also günstiger als in den Vorjahren. Die englischen Einigungsämter legen den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit wieder in die Verhütung dieser wirtschaftlichen Kämpfe.

Ueber den wirklichen Ausgang des amerikanischen Stahlarbeiterstreiks hörte man in letzter Zeit mancherlei traurigen, man sprach sogar von dem Abfalle eines für die Arbeiter durchaus nicht ungünstigen Vertrages. Das eigentliche Fazit ist jedoch, daß die Amalgamierte Assoziation 23 Betriebe für sich verloren hat, ihr verblieben nur jene Werke, die durch den Zustand brach gelegt wurden; das wäre also, wie wir von vornherein gesagt, ein höchst ungünstiges Resultat für die Stahlarbeiter. — Wie eine veritable Robinsonade hören sich die Erlebnisse von dreizehn organisierten Zigarrenarbeitern aus Tampa im

jüdischen Florida an. Dieselben bildeten die Exekutiv- und spanischen Zigarrenmachergewerkschaft Resistencia, die als Vereinigung sich mit der Verarbeitung von Savannatabak befaßt und dadurch den Klein- und Großkapitalisten dieser Stadt auf das tiefste verhasst war. Ihre Nachbarn jene honetten Leute nun auf folgende, kaum glaubliche Weise: Nächstlicherweile schleppte man die dreizehn aus ihren Behausungen, brachte sie ungefährnt nach einem mehrere Meilen entfernten Orte an die Küste, dort lag ein Dampfboot bereit, welches die Entführten nach siebentägiger Fahrt und nachdem die nötige Klünderung an ihnen vorgenommen, auf einer unbewohnten kleinen jandigen Insel ansiehlte. Nach vierstündiger Festsahrt und in sehr erschöpftem Zustande wurden sie dann zum Ufer entdeckt und langten auf ziemlich unweigen wieder in ihrem Domizile an, wo inzwischen die Drucker ihres Unionsorgans von denselben Ehrenmännern, die sie verschleppt hatten, gründlich verwüstet worden war. Wenn noch besonders hinzugefügt wird, daß die Behörden keinerlei Schritte gegen diese Banditen unternahmen, dann ist dieses Musterbild aus einer südamerikanischen Republik jedenfalls vollständig.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Zu der Vereinsversammlung vom 23. Oktober erfolgte bei der Nennung der am Quartalschluß abgeschlossenen Restanten der Hinweis, daß die Druckereifaktierer unter allen Umständen die Zahlung der fälligen Beiträge sowohl wie die Abtragung etwa vorhandener Reste veranlassen müßten, da eine Nachsicht in dieser Beziehung viele unnötige Arbeit in der Verwaltung und den allvierteljährlichen Ausschluß so zahlreicher Restanten zur Folge habe. Von der Firma Hartmann hier selbst war eine Notiz an den Corr. zur Veröffentlichung gelangt, worin sich dieselbe verwarft, daß bei ihr vor längerer Zeit ein Streik stattgefunden habe und die angebl. über die Firma ausgesprochene Sperre für ungerechtfertigt gehalten wurde. Nach den vorgenommenen Ermittlungen ergab sich, daß der Geschäftsinhaber von diesem allen seitens seines Faktors, einem Gutenbergs-Bändler, unterrichtet wurde; es wurde ferner ermittelt, daß wohl vor längerer Zeit das gesamte Personal einen Wechsel seiner Stellung vornahm wegen der Maßnahmen des genannten Faktors, aber ohne solches irgendwo öffentlich als Streik zu bezeichnen, so daß es sich also um eine wissenschaftlich falsche Mitteilung des betr. Faktors handeln muß. Weiter wurde beschlossen, einigen unserer unter der Mäxere der wirtschaftlichen Verhältnisse leidenden ausgeleiterten Kollegen etwas zu helfen, und trotzdem man sich bewußt war, welche Folgen eine solche Erweiterung unserer Unterstützungsgrenzen nach sich ziehen kann, namentlich da gar keine Aussicht vorhanden scheint, daß die allgemeine Lage sich hebt, ihnen den Gauzschuß von 5,25 Mk. noch bis zum 1. Dezember auszus zahlen. Daß die Berliner Prinzipalität in ihrer letzten stattgefundenen Versammlung Stellung zu dem neuen Tarife genommen und demselben einstimmig zugestimmt habe, wurde für die nunmehr erfolgende glatte Einführung desselben als förderlich bezeichnet; allerdings konnte diese Stellungnahme seitens der Prinzipalität vorausgesehen werden im Hinblick auf die weitgehenden Konzessionen, welche die Gehilfenvertreter den Wünschen der Prinzipale bei den Tarifberatungen machten. Zu der Notiznahme der Presse im allgemeinen über das Ergebnis des neuen Tarifes wurde bemerkt, daß ein lebhaftes Interesse seitens der Gewerkschaftspresse sich gezeigt hat; namentlich das Korrespondenzblatt der Generalkommission hat sich eingehend und anerkennend ausgesprochen; in politischen Tagesblättern dagegen sei so gut wie nichts zu bemerken. An Gehältern wurden darauf für den Vorliegenden 50 Mk. (bisher 45 Mk.), dem ersten Verwalter 50, dem zweiten Verwalter 45, den Hilfskräften 36, 35 und 33 Mk. festgesetzt. Der Gehalt des Kassenboten wurde von 33 auf 35 Mk., ausfch. 3 Mk. Fahrgehalt erhöht. Der Vergütungskommission wurden 1500 Mk. für das am 20. November stattfindende Stiftungsfest gewährt. — An Personalveränderungen waren zu melden: Der Austritt des Sezers Reinhold Noje wegen Berufsveränderung; ausgeschlossen wurden wegen Resten bezw. weil verschollen: die Sezer Ernst Wänsch, Heinrich Beshle, Otto Blünke, Friedr. Friz, Rudolf Gläfer, Albert Goetze, Paul Wronau, Gustav Hoffmann aus Plettschen, Rudolf Hubrich, Friz, Koslowski, Georg Krönide, Otto Leopold, Otto Matthes, Friz Meyer, Benno Peters, Wilhelm Probst, Max Sackthal, Edmund Schnurpfel, Alexander Strzelecki, Max Wiele, Adolf Wasil; die Drucker Eduard Dankert, Franz Drömer, Wilhelm Krummetat, Albert Lemke, Gustav Newes, Paul Moll, Richard Richter, Paul Schimanowski, Gustav Schliebner, Arthur Schüge, Friedrich Waldenburg, Paul Werner; die Sezer: Carl Ketsch, Paul Siebeneid, Felix Schirmer, Wilhelm Wierisch.

**Berlin.** Die Außerordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe genehmigte nach einem Referate des Kollegen Max Affini folgende von der Statutberatungskommission vorgeschlagene Statutenänderungen: § 4 Abs. 3. Die Anmeldung muß enthalten: a) den Vor- und Zunamen sowie Geburtsort und Geburtsortstag des Angemeldeteten, b) die Beschäftigung, in welcher derselbe steht, c) seine derzeitige Wohnung, d) seinen Arbeitsverdienst, tage- oder wochenweise berechnet. § 7 Abs. 2. Die Anmeldung muß enthalten: a) den Vor-

und Zunamen sowie Geburtsort und Geburtsortstag des Anzumeldenden, b) den Zeitpunkt des Eintrittes in die Beschäftigung, c) den Arbeitsverdienst, tage- oder wochenweise berechnet, welchen der Anzumeldende zunächst bezieht, d) die Nummer des Quittungsbuches, sofern der Anzumeldende bereits Mitglied der Kasse war. § 7 Abs. 5. Verändert sich der Arbeitsverdienst einer zur Kasse gemeldeten Person derart, daß hierdurch eine Verbesse rung in eine andere Mitgliederklasse (§ 9) stattfindet, so hat dies der Arbeitgeber spätestens am dritten Tage nach dem Eintritte dieser Veränderung ebenfalls dem Kassenerbanten anzuzeigen. § 9. Als Maßstab für die Bemessung der Klassenleistungen und der Beiträge gilt der für die betreffenden Mitglieder in Betracht kommende durchschnittliche Tagelohn. Derselbe ist festgesetzt: Für Kassemitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst über 3 Mk. beträgt: I. Klasse = 3,50 Mk. Für Kassemitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst 2,01 Mk. bis einschließlich 3 Mk. beträgt: II. Klasse = 2,50 Mk. Für Kassemitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst 1,01 Mk. bis einschließlich 2 Mk. beträgt: III. Klasse = 1,50 Mk. Für Kassemitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst 1 Mk. und weniger beträgt: IV. Klasse = 1 Mk. Jedes Kassemitglied wird auf Grund seiner Anmeldung nach Maßgabe derselben durch den Arbeitgeber in die entsprechende Klasse einrangiert. Verbesse rungen in eine höhere oder niedrigere Klasse finden bei erhöhtem oder erniedrigtem Arbeitsverdienste — jedoch nur von Vierteljahr zu Vierteljahr — statt. Beschwerden der Mitglieder gegen die Festsetzung der Klasse werden von der Aufsichtsbeförde entschieden. § 10 Abs. 1. Als Krankenunterstützung wird den Kassemitgliedern im Falle einer Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit gewährt: 1. vom Beginne der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung und Arznei, 2. die Lieferung von Brillen, Bruchbändern und ähnlichen Vorrichtungen oder Heilmitteln, 3. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom Tage des Eintrittes derselben für jeden Arbeitstag und für die Festtage, welche nicht auf einen Sonntag fallen, die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes (§ 9) als Krankengeld. § 17 Abs. 1. Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Klasse ein Begräbnisgeld im 35fachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes (§ 9). § 18 Abs. 3. In Unterstützungsfällen, welche innerhalb der ersten 26 Wochen der Mitgliedschaft eintreten, wird jedoch die Krankenunterstützung und das Krankengeld bis zur Dauer von 13 Wochen, nach näherer Bestimmung des § 6 Abs. 2 des Gesetzes, das Begräbnisgeld im 20fachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes (§ 9) gewährt. Nur diejenigen Mitglieder, welche be hufs Erfüllung ihrer Dienstpflicht im Heere oder in der Marine vorübergehend aus der Kasse ausgeschieden sind, erhalten beim Wiedereintritte in die letztere schon vom Tage des Wiedereintrittes ab die vollen stantennmäßigen Unterstützungen ohne die vorstehenden Beschränkungen. § 26. Die wöchentlichen Klassenbeiträge betragen: für die Mitglieder der ersten Klasse 90, der zweiten 63, der dritten 39 und der vierten Klasse 24 Pfg. Die Beiträge sind für jede Woche, innerhalb welcher der Versicherte der Kasse angehört hat, ihrem vollen Betrage nach zu entrichten. Dabei gilt als Woche der Zeitraum von Montag bis Sonntag einschließlich. § 44 Abs. 3. Es bilden die Mitglieder jeder Klasse je eine Abtheilung. Alle diesen Abtheilungen entgegenstehenden früheren Abänderungen werden hierdurch wieder aufgehoben. Obige Abänderungen treten mit dem 1. Januar 1902 in Kraft, event. wenn die Bestätigung der Aufsichtsbeförde bis dahin noch nicht eingetroffen, die nächste Woche nach Eingang derselben. Auch ermächtigt die Versammlung die Kommission zur Erledigung etwaiger von der Aufsichtsbeförde gemachter Einwendungen.

-g. **Vergedorf-Sande.** In der am 26. Oktober abgehaltenen Versammlung nahm auch der hiesige Ortsverein zu dem neuen Tarife Stellung. Allgemein kam hier die Meinung zum Ausdruck, daß eine 7½-prozentige Lohnhöhung keineswegs die Verteuerung der Lebensmittel und Erhöhung der Wohnungsmieten ausgleiche. Abfällig beurteilt wurde die Entlohnung nach Altersklassen und insbesondere die Absendung der Delegirten an die Regierungsvertreter. — Die in voriger Versammlung vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: A. Siegel, Vorsitzender; D. Johannes, Schriftführer und Bibliothekar; B. Garten, Kassierer. Die um ihr Kandidatensrecht ringenden Unsarbeitsler wurden von den hiesigen Kollegen mit 89,60 Mk. unterstützt.

-r. **Braunschweig.** Eine inopasante Allgemeine Buchdrucker-Versammlung, an welcher auch wieder einmal eine Anzahl der so lange abseits gestandenen Nichtmitglieder der Biewegschen Druckerei teilnahmen, tagte am 21. Oktober im hiesigen Gewerkschaftshause, um den Bericht des Gehilfenvertreters des I. Kreises über die Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Kollege Klapproth erläuterte in einem einstündigen Referate die beschlossenen Verbesserungen des Tarifes. In der nachfolgenden lebhaften Diskussion gaben fast sämtliche Redner mehr oder weniger ihre Unzufriedenheit mit dem Staffeltarife, der fünfjährigen Gültigkeitsdauer sowie mit der Ablehnung der besonderen Bestimmungen für den Zeitungssatz Ausdruck. Der paritätische Arbeitsnachweis wurde nur als auf dem Papiere stehend bezeichnet, so lange die Prinzipale nicht gezwungen werden könnten, ihre Arbeitskräfte nur von dem Arbeitsnachweise zu beziehen. Scharf kritisiert wurde auch das berichtigte Telegramm an die Minister Bülow und Hofsdowst. Der Referent griff wiederholt in die Debatte ein und hob hervor, es sei für

die Gehilfenvertreter geradezu unmöglich gewesen, die Verhandlungen abzubrechen und mit leeren Händen zurückzukehren, auch würden manche andere Gewerkschaften mit Freuden die Zugeständnisse der Prinzipale akzeptiert haben, das Telegramm sei gewissermaßen nur als eine Reklame zur allgemeinen Einführung des Tarifes anzusehen. Folgende vom Kollegen Reuter beantragte Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: Sie am 21. Oktober im Gewerkschaftshause tagende, von über 200 Gehilfen besuchte Allgemeine Buchdrucker-Versammlung beauftragt das für die deutsche Gehilfenchaft wenig befriedigende Resultat der diesmaligen Tarifrevision; sie erblickt namentlich in der Ausnahme des Staffeltarifes und der fünfjährigen Dauer des Tarifes eine Ausnutzung der augenblicklichen ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur seitens der Prinzipalvertreter — eine Thatfache, die keineswegs dem Wesen und Grundfägen einer Tarifgemeinschaft entspricht. Wenn trotzdem die Braunschweiger Buchdruckergehilfen dem beschlossenen Tarife ihre Zustimmung geben, so geschieht dies erstens in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, zweitens aber auch in der Erwartung, daß die neuen Bestimmungen des Tarifes ohne wesentliche Opfer in den Druckereien zur Einführung gelangen werden. In weiteren ersucht die Versammlung den Gehilfenvertreter Georg Klapproth, dessen bisherige energische Vertretung der Gehilfeninteressen anerkannt wird, bei der bevorstehenden Regelung der Lokalzuschläge die beantragte Erhöhung des Lokalzuschlages für Braunschweig bezw. die Festsetzung eines solchen für Wolfenbüttel entschieden zu beschließen. — Zu der demnächstigen Sitzung des Kreis-Amtes I. wurden die Kollegen Schwetje und Wolters delegiert. Nach einem kräftigen Appell des Gehilfenvertreters an die anwesenden Nichtmitglieder, dem Deutschen Buchdruckerverbände beizutreten, wurde sodann die Versammlung mit einem Hoch auf die Einigkeit sämtlicher Kollegen geschlossen.

**Darmstadt.** Einer Aufforderung des Maschinenmeisterklubs Mainz Folge leistend, fanden sich am 27. Oktober die Maschinenmeister Darmstadts zu einer Versammlung ein, deren Zweck Gründung eines Maschinenmeisterklubs in Darmstadt war. Zu derselben hatte sich der Gesamtvorstand des Mainzer Maschinenmeisterklubs eingefunden. Nachdem Kollege Ernst-Darmstadt mit einer kurzen Ansprache die Versammlung eröffnet, ergriff Kollege Bente-Mainz das Wort und gab ein klares Bild über die Notwendigkeit und Bedeutung eines Klubs. Nach diesem sprach Kollege Eberhard-Mainz und wies darauf hin, daß es unbedingt nötig sei, zwischen diesen nahe bei einander liegenden Städten nähere Beziehungen zu knüpfen und forderte auf zur sofortigen Gründung eines Klubs. Unser Ortsvereinsvorsitzender Hildebeutel, der eingeladen war, führte u. a. aus, daß in Darmstadt gerade in manchen Maschinenfabriken noch vieles anders werden müsse und die Gründung eines Klubs sehr am Platze sei. Nachdem die verschiedenen Redner gesprochen, war sich jeder klar, daß ein Klub gegründet werden müsse und man schritt zur Vorstandswahl (siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 128). So wäre denn auch in Darmstadt wieder ein Klub entstanden und hoffentlich werden auch die noch fernstehenden Kollegen durch ihren Beitritt zum Blühen und Gedeihen desselben beitragen. Dem Mainzer Vorstande sei hiermit nochmals herzlich gebannt für die Bemühungen zur Gründung des Darmstädter Maschinenmeisterklubs.

S. **Hildesheim.** (Bezirksversammlung.) Obwohl die Tagesordnung der am 20. Oktober in Hildesheim abgehaltenen diesjährigen Bezirksversammlung von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit war, hatte es doch ein großer Teil der Kollegenschaft nicht der Mühe für wert gehalten, durch ihr Erscheinen das Interesse zu bekunden, welches eine derartige Versammlung zu beanpruchen berechtigt ist. Vor allem ist es die Mitgliedschaft Hildesheim, welche dieser Vorwurf trifft, um so mehr, da diesen Kollegen die Teilnahme an der Versammlung weber durch Reise noch sonstige Kosten erschwert worden war. Von den dem Ortsvereine Hildesheim angehörenden 80 Kollegen war nicht einmal die Hälfte anwesend, aus Burgdorf waren drei Kollegen erschienen, aus Einbeck zwei, aus Goslar zwei und aus Peine einer. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, den neuen Tarif betreffend, fand jedoch seine Erledigung nicht, da Kollege Klapproth-Gannover am Erscheinen verhindert war; es soll später Kollege Klapproth um ein Referat über den Verlauf der Tarifberatungen ersucht werden. Einer eingehenden Besprechung wurde trotzdem aber der Staffeltarif unterzogen, demzufolge konstatiert werden muß, daß das Groß der Kollegen sich gegen denselben aussprach. Auch wurde die Frage betreffs Einführung des neuen Tarifes im hiesigen Bezirke kurz erörtert. — Der Bericht des Bezirksvorsitzers zeugte von einem sehr bewegten Vereinsleben während der Berichtsperiode. Die Vorbereitungen zum Tarife, der in Dsnabrück abgehaltene Gantag, der in der Druckerei von Höfner & Diehl in Peine ausgebrochene Konflikt usw. haben den Vorstand und die einzelnen Mitgliedschaften genügend beschäftigt. Am Festlichkeiten fanden statt seitens des Bezirkes das gemeinsame Johannistfest mit dem Bezirke Braunschweig am 23. Juni in Hildesheim, seitens des Ortsvereins Hildesheim am 12. Oktober das dreißigjährige Stiftungsfest desselben.

**Hildesheim.** Am 28. Oktober versammelten sich die Maschinenmeister von Hildesheim, um einen Maschinenmeisterverein ins Leben zu rufen. Die Gründung eines solchen wurde von sämtlichen anwesenden Kollegen gut-



gehehen und demgemäß beschloffen. Als provisorischer Vorstand wurden die Kollegen Konrad als Vorsitzender, Hilberg als Kassierer und Schinke als Schriftführer gewählt. Da der Verein einen Bezirks-Maschinenmeisterverein bildet, so werden die im Bezirke Hildesheim konstituierenden Kollegen gebeten, sich demselben anzuschließen. Gest. Anfragen sind zu richten an den Kollegen S. Schinke in Hildesheim, Hintern Brühl 12, part.

**Kaufbeuren.** Wenn aus unserm friebliebenden Schwabenstädtchen wieder nach langer Zeit etwas in den Spalten des Corr. erscheint, so ist es diesmal kein Festbericht über den hier bestehenden Spatienklub, sondern eine der Zeit entsprechende sehr ernste Sache, örtliche und tarifliche Verhältnisse betreffend. Leider hat sich in die jenseitige so ruhige und so allen „Ja und Amen“ sprechende Mitgliedschaft der Fuchs in den Hühnerfall geschlichen. Am 12. Oktober fand hier eine Versammlung statt, nach etwa vierteljähriger Pause, die in Bezug auf oben erwähnte Verhältnisse grauenhafte Zustände zu Tage förderte, besonders in der Druckerei Borchert & Schmidt, und wenn Kollege H. P. in Leipzig in seinem Artikel in Nr. 125 des Corr. „Auf schierer Bahn“ einige Mißstände der Provinz klar legte, so sind dieselben geradezu wie geschaffen für die Kaufbeurer Verhältnisse. Insonderheit die Behringssucht, das Mitarbeiten des Herrn Faktors sowie der Indifferenzismus der Kollegen allen Mißständen gegenüber sind schwerwiegende Punkte der heutigen tariflichen Kultur in der Provinz. Ziehen wir in Betracht, daß die Lehrlinge vier Jahre hindurch dem Ausbeutertume ausgesetzt und nach beendeter Ausbeute ein „Riesensack“ von 12 Mk. beziehen — von tüchtiger Ausbildung besonders Mangel genommen —, so können dieselben bei solcher Lösung nicht einmal in den Verband aufgenommen werden. Von einer Leistungsfähigkeit ihrer Tätigkeit kann auch niemals die Rede sein und sind dieselben angewiesen, in fremden Kunststempeln sich zu brauchbaren Leuten heranzubilden; welche Schwierigkeiten sich für den jungen Mann hier bilden, weiß nur der Kollege, der es selbst erfahren. Natürlich wird so ein ganz „schlechter Kerl“, der es wagt, solche Sachen aufzudecken und sogar darauf dringt, dem Tarif-Amt Mitteilung zu machen, selbstverständlich von dauernder Kunst und Günst ent-erbt. (?!?) Wie ich bereits erfahren, soll das Tarif-Amt, was in anerkannter Weise hier beständig werden muß, sich in die Firma Borchert & Schmidt um Abhilfe gewandt haben, bis jetzt hat sich aber von einer solchen sehr wenig bemerkbar gemacht. Die Behringssucht (5) ist bei fünf Gehältern noch immer dieselbe geblieben; also von tariflichen Verhältnissen — mit Ausnahme der Bezahlgung älterer Kollegen — keine Ahnung. Mögen sich die Verhältnisse baldigt bessern und die Kaufbeurer Kollegen zu neuem Leben aufrufen, dann wäre der Zweck meiner Zeilen erfüllt. Thomann.

**Köln.** In der am 15. Oktober hier selbst abgehaltenen öffentlichen Buchdrucker-Versammlung (Corr. Nr. 127 vom 29. Oktober) habe ich nicht gesagt: „Dem noch zu bildenden Kreis-Amt müsse die Forderung von 25 Proz. Lokalzuschlag unterbreitet und daran strikte festgehalten werden“, sondern vielmehr: „Für Köln sei der bisherige Lokalzuschlag anderer Großstädte, wie Berlin und Hamburg (25 Proz.), nicht zu viel; jedenfalls aber sei der Lokalzuschlag von 10 Proz. für eine Stadt wie Köln ein lächerlich geringer.“ Ferner habe ich nicht gesagt: „Der Verband hänge im Schlepptau der Sozialdemokratie“, sondern: er „habe im politischen Fahrwasser gesegelt“. Wenn ich auch auf letztere Verächtlichmachung weniger Gewicht lege, so doch um so mehr auf ersterer, da die mir in den Mund gelegte Äußerung sich nicht mit meiner Anschauung des Begriffes „Verhandlung“, der in der Regel beiderseitiges Entgegenkommen erfordert, deckt.

**Leipzig.** Der Verein der in Schriftgießereien und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 21. Oktober im Restaurant Stadt Hannover seine halbjährige Generalversammlung ab. Nach der Genehmigung des Protokolls wurde seitens des Vorsitzenden M. Richter unter Vereinsmitteilungen bekannt gegeben, daß im vergangenen halben Jahre zwölf Vorstandssitzungen und drei Versammlungen abgehalten wurden. Zu der bevorstehenden Statutabänderung wurden die Mitglieder aufgefordert, diesbezügliche Anträge baldigt einzubringen. Das fünfte Stiftungsfest soll am 22. Februar 1902 stattfinden. Hierauf wurde der Passenbericht erstattet, der eine Einnahme von 5519,75 Mk. und eine Ausgabe von 1398,43 Mk. aufwies. Die Mitgliederzahl beträgt 234 männliche und 64 weibliche. Kontributionslos waren 47 männliche Mitglieder, Frank 46 männliche und 11 weibliche Mitglieder. Namens der Revisoren berichtete Kollege A. Förster, daß Bücher, Belege usw. in bester Ordnung befunden seien und beantragte Entlastung des Kassierers, welche die Versammlung aus sprach. Unterm dritten Punkte der Tagesordnung gab der Vorsitzende das wiederholte Gesuch des Wiehlers Seip, seiner Aufnahme in den Verband nicht mehr hinderlich zu sein, bekannt; selbiger habe sich an die Zentralkommission gewandt, mit der Bitte sich für ihn zu verwenden. Nach längerer Diskussion hierüber wurde gegen eine Stimme beschloffen, das Aufnahmegesuch Seips zu bewilligen. Es wurde ausgeführt, daß wohl der Fehler, welchen derselbe begangen, nicht so bald zu vergessen, aber es auch nicht gut sei, solche Leute für immer zu verstoßen. Zu einem andern Falle, welcher die Versammlung noch beschäftigte, führte der Vorsitzende etwa folgendes aus: Etwas neues in unserm Gewerkschafts-

leben sei zu verzeichnen. Bevor er zur Sache selbst komme, müsse er feststellen, daß der Vorstand als solcher die Interessen aller Mitglieder wahren solle und müsse die Mitglieder durch die Wahl desselben dieses Vertrauen in ihn gesetzt haben. Nun sei aber über die Köpfe des Vorstandes hinweg eine Verächtlichmachung in Nr. 121 des Corr. erschienen, welche nicht dazu angethan sei, das Ansehen desselben sowie der Kollegen im allgemeinen zu erhöhen. Es wäre entschieden richtiger gewesen, man hätte sich an den Vorstand gewandt, welches um so leichter, da ja ein Kollege der betreffenden Firma im Vorstande sitze, oder aber man hätte seine Sache — wie es bisher üblich — in der Versammlung zur Sprache gebracht. Aber auch heute sei von den betreffenden Kollegen keiner außer dem Vorstandsmitglied anwesend. Nach einer sehr heftigen Debatte über diesen Punkt wurde folgender Antrag gegen zwei Stimmen angenommen: Unterzeichneter erjudet die Versammlung zu erklären, daß der Vorstand in Beziehung auf das Auslegen wegen Reparatur der Maschinen vollständig richtig gehandelt hat. Die Verächtlichmachung der U. S. Hühnchen-Kompletteigler ist in dieser Angelegenheit nicht am Platze, da Beweise vorliegen, daß es tatsächlich hier am Orte vorgekommen ist. Die Versammlung erjudet den Vorstand, in Zukunft stets ebenso konsequent zu handeln. Röber. — Nach Erledigung einiger Angelegenheiten, welche für die Allgemeinheit weniger Interesse haben, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung mit dem Wunsche, stets unsere Zusammenkünfte zu besuchen, um alle den Verein berührende Fragen gemeinsam zum Nutzen der Gesamtheit besprechen zu können.

**Meg.** In dem in Nr. 126 erschienenen „Die Tarifbewegung in Elsaß-Lothringen“ betitelten Artikel sind den Bezirksverein Metz betreffend, verschiedene Unrichtigkeiten unterlaufen. In der Stadt Metz wurde das Minimum des gewissen Geldes sowie die Grundpositionen für berechnende Sezer um 7 1/2 Proz. erhöht, während die über Minimum entlohten Kollegen nicht, wie in dem bet. Artikel angegeben, durchweg 1 Mk. Zulage erhielten, sondern vielmehr sämtliche Löhne um 5 Proz. aufgebessert wurden, was durchschnittlich 1,50 Mk. ausmacht. Zu den zum Bezirke gehörenden Druckorten mit nur 10 Proz. Lokalzuschlag wurden jedoch die Löhne sämtlicher Kollegen (also auch der über Minimum Entlohten) um 10 Prozent erhöht. Dies zur Richtigstellung. Der Vorstand des Bezirksvereins Metz.

**München.** Monatsversammlung des Fachvereines der Schriftgießer, Stereotypen usw. am 22. September. Nachdem das Protokoll der letzten Monatsversammlung genehmigt und drei Neuaufnahmen erledigt waren, gelangte zunächst der Hauptpunkt der Tagesordnung: Mit welchen Arbeiten dürfen bzw. können Hilfsarbeiter in den Stereotypen beschäftigt werden, zur Debatte. Der Vorsitzende T. E. E. gab hierzu eine sachliche Einleitung und betonte, daß dieser Punkt, um ein weiteres Ueberhandnehmen der Hilfsarbeiter möglichst zu verhindern, einer durchgreifenden Regelung unterzogen werden müsse. Kollege E. C. E. erklärte zunächst nochmals eingehend die örtlichen Verhältnisse und gab auf Grund eingeholter Information seitens der Zentralkommission der Stereotypen betriebs der zu verrichtenden Arbeiten sachliche Aufklärung. Nachdem noch eine Reihe von Kollegen, deren Ausführungen die Verschiedenartigkeit der Arbeiten klar zu Tage förderten, zu dieser Debatte Stellung genommen, wurde schließlich eine Kommission von drei Kollegen gewählt, welche in Verbindung mit dem Ausschusse die weiteren erforderlichen Schritte in dieser Angelegenheit zu beraten hat. Die Mitteilung betreffs der Gründung des Prager Schriftgießerklub wurde allseitig begrüßt. Um das Neustantenunwesen möglichst zu verhindern, wurde folgender Antrag angenommen: Sind bei Anmeldung von Krankheit Reste vorhanden, so erhält das betreffende Mitglied kein Krankengeld; auch ist es zulässig, solche Aufzeichnungen, in denen revidierende Mitglieder stehen, auf dem Wochenrapporte zu veröffentlichen. Ein Wiederantragsgesuch und zwar mit Gewährung der alten Rechte mußte vorerst zurückgestellt werden. Des weitern teilte der Vorsitzende mit, daß die Beratungen der Tarifkommission der Schriftgießer beendet seien, die Einführung der Kongressbeschlüsse vorerst jedoch nicht erfolgen könne. Nach Regelung einer Reihe lokaler Angelegenheiten schloß der gut besuchten Versammlung.

—1. Pforzheim. Der Ortsverein hielt am 19. Okt. im Gasthose zum Goldenen Löwen seine diesjährige Ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Karl Wolf eröffnete die Versammlung um 7,9 Uhr und begrüßte mit herzlichen Worten die Erschienenen. Noch nie haben wir einen soch starken Besuch zu verzeichnen gehabt, denn nach Feststellung der Präsenzliste ergab sich die Anwesenheit von 61 Mitgliedern. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitzende eine Interpellation des Kollegen Kresschmar zur Kenntnis, des Inhaltes: Wie gedenkt sich der Vorsitzende des Ortsvereins darüber zu verantworten, daß bis heute (19 Tage nach Abschluß der Tarifverhandlungen) noch keine Versammlung einberufen worden ist, in welcher zu denselben Stellung genommen wurde? Der Vorsitzende rechtfertigte die Unterlassung der Einberufung einer besonderen Versammlung damit, daß es nicht für unbedingt notwendig erachtet habe, vielleicht acht Tage vor der Generalversammlung, zu welcher übrigens schon vor Beendigung der Tarifverhandlungen die Tagesordnung festgestellt war, eine Mitglieder-Versammlung abzuhalten. Die Generalversammlung biete ja die beste

Gelegenheit, zu dem neuen Tarife Stellung zu nehmen. Hierauf wurde beschloffen, die Angelegenheit als besondern Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Nach Beendigung der diesbezüglichen Protokolle erriktete der Kassierer Fritz Gimm Bericht über die diesjährige Johannistfeier, welche mit einer Einnahme von 46,95 Mk. und einer Ausgabe von 187,65 Mk., also einem Defizit von 140,70 Mk. abge schloffen hat. Die vom Ausschusse gestellten Vorschläge zur Aenderung des Statuts und der Geschäftsordnung wurden, da sich bereits die vorhergegangene Mitglieder-Versammlung mit der Durchberatung befaßt, ohne Debatte angenommen. In ausführlicher Weise gab nun Vorsitzender Wolf den Jahresbericht des Vorstandes. Im Verlaufe dessen streifte er auch die diesjährige Tarifrevision und betonte: Haben wir auch keine Ursache, dem neuen Tarife mit fliegenden Fahnen entgegenzukommen, so wollen wir doch als gute Verbandsmitglieder der Disziplin die Ehre geben und das zur Durchführung bringen, was das tarifliche Gesetz nunmehr bestimmt. Zum Danke für die vortrefflichen Ausführungen erhob sich die Versammlung von den eigenen. Mit gewohnter Präzision gab auch Kassierer Fritz Gimm den Kassenbericht. Im letzten Vereinsjahre hatte die Ortsvereinsklasse eine Einnahme von 698,32 Mk. und eine Ausgabe von 445,46 Mk., verbleibt ein Kassenbestand von 252,86 Mk. Für die Verbands-, Gau-, Witwen- und Waisen- sowie die Zuschußkrankenkasse gingen an Beiträgen, Eintrittsgeldern usw. 4674,10 Mark ein; an die Gantasse wurden nach Abzug der diversen am Orte geleisteten Unterstützungen 2807,31 Mk. abgeliefert. Der hiesige Ortsverein zählt gegenwärtig 76 Mitglieder. Durch Erheben von den eigenen wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Nach Wahl des Gesamtausschusses (siehe Verbandsnachrichten) kam der eingehaltene Punkt: Aussprache über den neuen Tarif und unsere Stellung zu der Festsetzung der Lokalzuschläge durch die Kreisvertreter, zur Sprache. In der Diskussion vertrat sich Kollege Kresschmar in längerer Ausführungen über die Ergebnisse der Tarifrevision und verwarf entschieden den Staffeltarif, auf die Konsequenzen desselben hinwies, erkannte jedoch die schwierige Stellung der Gehilfenvertreter bei der letzten Tarifrevision an. Auch von den paritätischen Arbeitsnachweisen verspricht er sich nicht viel, denn man könne es nur zu oft beobachten, wie in unseren Arbeitsnachweisen der größeren Städte verfahren werde. Die Kollegen der Großstädte glauben ein Vorrecht gegenüber denjenigen der Provinz zu haben, nur allein in der Großstadt arbeiten zu dürfen, und werden leider nur zu häufig auch von den Arbeitsnachweisen bevorzugt. Da wir durch die Tarifrevision so wenig erreicht, erhoffte er, daß wenigstens das Kreis-Amt IV die für Pforzheim beantragte Lokalzuschlags-erhöhung bewillige. Nachdem sich noch einige Kollegen in gleichem Sinne ausgesprochen, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die heute, Samstag, 14. Oktober im Gewerkschaftshause tagende, zahlreich besuchte Generalversammlung des Ortsvereins Pforzheim erklärt sich in Erkenntnis und Würdigung der jetzt herrschenden wirtschaftlichen Krise mit den minimalen Vergünstigungen, die der neue Tarif bietet, einverstanden. Sie dankt den Gehilfenvertretern für ihre mühevollen Arbeit, erwartet aber von dem zukünftigen neuerrichteten Tarif-Kreis-Amt IV (für Württemberg usw.), daß dasselbe die für Pforzheim beantragte Erhöhung des Lokalzuschlages von 5 auf 10 Proz. gutheiße. Zu dieser Beratung werden sich die tariftreuen Gehilfen von Pforzheim persönlich vertreten lassen. — Als Vertreter des Ortsvereins bei den Tarif-Kreis-Amt-Verhandlungen in Stuttgart wurde der Vorsitzende Wolf einstimmig gewählt. Am Schlusse richtete der Vorsitzende noch einige beifällig aufgenommene Worte an die Versammlung und schloß um 12 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf den Verband, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. — Dank der vortrefflichen Leitung des Vorsitzenden Wolf nahm die Versammlung einen Verlauf, wie er wohl selten im hiesigen Ortsvereine zu verzeichnen sein dürfte und die sieben Punkte umfassende Tagesordnung fand eine selten flotte und sachliche Abwicklung.

—e. Duedlinburg a. S. Auch hier beginnt es langsam zu tagen. In der letzten Woche haben die hiesigen Buchdrucker in unsern sonst so stillen Stadt gehörig rumort. Am 19. Oktober veranstaltete der Gewerbeverein der graphischen Berufe (S.-D.) eine öffentliche Versammlung, um sich vom Buchdrucker Paul Spröte-Halle einen Vortrag über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage halten zu lassen. Die hiesigen Gewerkschafter (S.-D.) haben aber gewöhnlich mit ihren Rednern kein großes Glück, und so bot denn auch dieser Redner so viele Angriffspunkte und verteidigte seine Sache wirklich so ungeschickt, daß der von den hiesigen Verbandsmitgliedern eingeladenen und als Gast anwesende Kollege Chemnitz aus Halle, Gauvorsitzer des Gau's Nr. der Saale, es sich nicht nehmen ließ, die Anwesenden über den Unterschied zwischen den hiesigen-Dunkelröhen-Gewerkschaftern und dem Verbands deutscher Buchdrucker mit aller Deutlichkeit aufzuklären. Kollege Chemnitz wandte sich sodann direkt an das anwesende Personal der Firma Gehler & Strauß (Duedlinburger Zeitung), wo laut Aussage des eigenen Personales Löhne von 13, 14, 16, 17 und 18 Mk. (bei zehnstündiger Arbeitszeit) bezahlt werden, und forderte sie wie auch den Vorstand des Gewerbevereins in warmen Worten auf, dafür zu wirken, daß auch in ihrem Geschäft tarifmäßige Zustände eingeführt würden. Infolge des im

Kreisblatte veröffentlichten Verammlungsberichte fühlten sich die Herren Gessler & Strauß berufen, sich aufs hohe Ross zu setzen und in fittlicher Entrüstung zu behaupten, der größte Teil der Gehilfen werde bei ihnen über Tarif bezahlt (dabei bekommen die berechnenden Sezer 26 Pfg.). Den Beweis ihrer Behauptung konnten sie aber nicht leisten, da uns nur die Lohnlisten vorgelegt wurden, in welche die Gesamtlöhne eingetragen werden mit Einschluß der Extrastunden und auf die Frage nach dem Gehalt der Gehilfen die Auskunft verweigert wurde. So spielten denn die Herren die Sache aufs persönliche Gebiet hinüber und beschnitten den Verfasser des Artikels im Kreisblatte (Schreiber dieser Zeilen) der Unwahrheit usw., eine Kampfesweise, wie sie ja stets überall da Platz greift, wo sich haltige Argumente nicht vorhanden sind. Nur haben sie uns damit nicht verblüfft und wir werden uns umtre objektive Berichterstattung auch dann nicht nehmen lassen, wenn die wahrheitsgemäße Darstellung für gewisse Leute unangenehm ist. Auerkennenswerter Weise trat in diesem eine Woche dauernden Zeitungstampe der Redakteur des konservativen Kreisblattes in energischer Weise zu gunsten des Tarifes und der Gehilfen ein. — Ein erfreuliches Ereignis hat sich letzten Sonntagabend hier vollzogen, nämlich die Gründung eines Ortsvereines des Verbandes. Die hiesige Mitgliedschaft ist durch regen Geschäftsgang in der Buchdruckerei des Amtlichen Kreisblattes (H. Köppel) auf 14 Mitglieder gestiegen und so wurde denn am 26. Oktober, nachdem 14 Tage vorher eine Vorbesprechung stattgefunden hatte, zur Gründung des Vereines geschritten. Der von der dazu gewählten Kommission vorgelegte Statutentwurf wurde durchberaten und mit kleinen Veränderungen angenommen. Zu den Vorständen wurden gewählt die Kollegen Straube, Vorjensber, Hüfer, Kassierer, Behle, Schriftführer, Dube und Klein, Revisoren. Der Wochenbeitrag zur Ortskasse wurde auf 10 Pfg. festgesetzt, wofür die Mitglieder den Corr. erhalten und durchreisenden ausgereuterten und nicht bezugsberechtigten Kollegen eine Reiseunterstützung von 30 Pfg. gewährt wird. An den Verhandlungen nahmen auch zwei Kollegen aus Halberstadt teil, darunter der Bezirksvorsitzer Fack, der zum Schluß eine dreimalige kräftige Hoch auf den jungen Ortsverein ausbrachte. Die Kollegen von Harzgerode hatten ein Begrüßungsschreiben gefandt. Möge der junge Verein bald wachsen und erstarben und ein segensreiches Glied unsers Verbandes werden; an Arbeit wird es ihm nicht fehlen. — Hoch der Verband!

## Rundschau.

Das Kreis-Amt für den ersten Tarifkreis hat in seiner konstituierenden Sitzung gleichfalls die beantragten Lokalzuschlagserbhörungen bzw. Einführungen behandelt und über die 27 antragstellenden Städte wie folgt beschloffen: Drei Orte — Bremen (bisher 15 Proz.), Hamburg-Altona-Wandsbek (bisher 25 Proz.) und Schwerin (bisher 10 Proz.) — sind mit ihren Wünschen abgewiesen, Bergedorf (bisher 5) erhielt 10 Proz., Braunschweig (12 1/2) 15 Proz., Flensburg (10) 12 1/2 Proz., Göttingen (5) 7 1/2 Proz., Harburg (12 1/2) 17 1/2 Proz., Kiel (15) 20 Proz., Lübeck (12 1/2) 15 Proz., Oldenburg (5) 7 1/2 Proz., Rostock (7 1/2) 10 Proz. und Wilhelmshaven-Bant (15) 17 1/2 Proz. Die nachfolgenden 14 Orte, welche bisher überhaupt noch keinen Lokalzuschlag hatten, sind nun in Rücksicht auf ihre Teuerungsverhältnisse auch bedacht und zwar: Blankenese mit 10 Proz., Bremerhaven-Oeseftemünde-Seele 15 Proz., Cuxhaven 5 Proz., Detmold 5 Proz., Hildesheim 5 Proz., Jtehohe 5 Proz., Lüneburg 5 Proz., Melle 5 Proz., Neumünster 5 Proz., Neustrelitz 5 Proz., Osnabrück 5 Proz., Pinneberg 10 Proz., Rendsburg 5 Proz. und Wolfenbüttel mit 2 1/2 Proz. — Das Kreis-Amt des III. Tarifkreises leitete sich die Abnormität der Erhöhung des Lokalzuschlages für Darnstadt von 8 1/2 auf 11 (!) Proz. Der Teuerungszuschlag für Hanau wurde von 5 auf 10 Proz. erhöht, während die Orte Friedberg und Raunheim mit je 5 und Worms mit 2 1/2 Proz. Lokalzuschlag bedacht wurden. Die Antragsteller von Gießen, Kassel, Mainz, Marburg und Wiesbaden gingen leer aus. — Das Kreis-Amt des IV. Tarifkreises erledigte die Lokalzuschlagsfrage in einfachster Weise dahin, daß alle in Betracht kommenden Orte, welche schon Lokalzuschläge hatten (Freiburg i. Br., Heilberg, Karlsruhe, Ludwigshafen a. Rh. und Mannheim mit je 10 Proz., Heilbronn, Konstanz, Offenburg, Pforzheim und Ravensburg mit je 5 Proz.), darin um 2 1/2 Proz. erhöht wurden, die übrigen bisher nur mit dem nackten Minimum rechnender Orte (Achern, Ehlingen, Gmünd, Göttingen, Lahr, Landau, Neustadt a. G., Pirmafens und Speier a. Rh. einen Lokalzuschlag von je 5 Proz. erhielten. — Im V. Kreise erkannte das Kreis-Amt den Orten Freising, Landsbut, Passau, Regensburg und Schwabach je einen 5prozentigen Lokalzuschlag zu, lehnte aber die Erhöhung der Lokalzuschläge für Augsburg, Nürnberg und Würzburg ab.

Ein bekannter Kollege in Bonn gehört zwar der Bestimmung nach dem Zentrum an, geht aber auf gewerkschaftlichem und anderen Gebieten seine eignen Wege. Das paßt natürlich manchen Leuten nicht und so sucht man ihn in gewissen Kreisen, besonders bei seinem Prinzipale mißliebiger zu machen. Vor kurzem war auf einem Platate, das der betreffende Koll ge entworfen und bei seinem Prinzipale hatte drucken lassen, das zu einer Protest-Verammlung gegen die Getreidezölle mit dem Referenten Zwienty aus Halle einlud, aus Versehen die Druckfirma

weggelassen worden. Flugs setzte sich der Vorsitzende des christlichen Holzarbeiterverbandes namens Stings hin und benutzte, offenbar im Auftrage Dritter, der „hochgeborenen Polizei-Inspektion“ diesen Lapfus. Das hatte nun zwar keine weiteren Folgen, als daß der betreffende Kollege einen Strafbefehl in Höhe von 3 Mk. erhielt, aber man ersieht daraus, wie die Zentrumsleute für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ einzutreten wissen; wer nicht unbedingt ist ihr Horn bläst, der soll weggegrault werden.

Aus Amerika wird die Erfindung einer Maschine gemeldet, welche auf dem Gebiete der Stereotypie erstmaliges leisten soll. Dieselbe stellt angeblich vollkommen gegossene, abgerundete und fertige Druckplatten für die Rotationsmaschine dadurch her, daß an der einen Seite derselben der Karton eingeführt, in der Maschine die Matrize fertig gestellt und auf der andern die vollständige, druckbereite Platte austritt und zwar — drei bis vier Platten in der Minute. Gar so schlimm wird es wohl nicht sein! Der Erfinder, Henry A. Wise Wood in New York, nennt seine Erfindung Autoplate.

Presse. Zwei Redakteure des Stuttgarter Beobachters kamen als erste in der Reihe auf die Anklagebank wegen der „Hunnenbriefe“. Es gelang den Angeklagten nicht, für das speziell von ihnen gebrachte Material den Wahrheitsbeweis zu führen und so wurde der Redakteur Freund zu vier Wochen Gefängnis verurteilt (beantragt waren drei Monate), dagegen Redakteur Schmidt freigesprochen, da er nichts mit den fraglichen Artikeln zu thun gehabt. Der Redakteur der Gazeta Robotnicza wurde in Beuthen zu zwei, der Verleger zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, sie hatten aus einem italienischen Blatte ein „Kapitalistisches Vaterunser“ abgedruckt; darin wurde ein Religionsvergehen gefunden. Das Säch. Volksblatt in Zwickau leuchtete dem Wochenblatte für Klingenthal gehörig heim, weil dieses der Sozialdemokratie allerlei Schledchigkeiten nachgesagt hatte. Statt für seine Behauptungen die Beweise beizubringen, ging der Redakteur des Amtsblattes vor Gericht und erzielte die Verurteilung seines Gegners zu 14 Tagen Gefängnis. Damit ist freilich nur konstatiert, daß das Volksblatt nach richterlicher Ansicht sich in den Ausdrücken vergriffen — die Beweise für seine Behauptungen ist der Kläger schuldig geblieben.

Der deutsch-amerikanische Kriegsberichterstatter Joseph Herrings ist aus Preußen ausgewiesen worden, weil er schon „vorbestraft“ sei. Mit dieser Vorstrafe hat es eine eigne Bewandnis, G. ist nämlich im Jahre 1885 in Bamberg wegen Entziehung der Wehpflicht in contumaciam (er war, 17 Jahre alt, nach Amerika ausgewandert) zu einem Monate Gefängnis verurteilt, diese Strafe aber durch die Amnestie von 1896 aufgehoben worden. Er kam im April d. J. zur Ausheilung seiner bei Taku auf dem deutschen Kriegsschiffe Jltis erhaltenen schweren Verwundung nach Deutschland zurück. Eine weitere Begründung dieser Ausweisung hat die Berliner Polizei, welche die Ausweisung dekretierte, nicht gegeben, eine solche dürfte wohl auch kaum zu geben sein.

Eine Geschichte des Journalismus in Amerika wird demnächst in der Washingtoner Staatsdruckerei erscheinen. Ralph Madenzt hat an derselben drei Jahre hindurch gearbeitet. Die deutsch-amerikanische Buchdruckzeitung entnimmt diesem etwa 2000 Seiten starken Werke die folgenden Auszüge über das Wachstum der amerikanischen Presse:

	1900	1890	1870	1850
Tägliche Zeitungen . . . . .	2 200	1 731	574	254
Wöchentlich . . . . .	15 681	12 721	4 295	1 902
Dreimal wöchentlich . . . . .	60	40	107	115
Halbwöchentlich . . . . .	515	214	115	31
Zweiwöchentlich . . . . .	65	—	—	—
Monatschriften . . . . .	2 328	2 247	622	100
Halbmonatschriften . . . . .	261	—	96	95
Zweimonatlich . . . . .	47	—	13	5
Vierteljährlich . . . . .	156	271	49	19
Alle anderen . . . . .	12	392	—	4
	21 325	17 616	5 871	2 525

Der bayerische Landtag hat für die Vergebung von Arbeiten auf Rechnung des Staates eine Reihe von Bestimmungen angenommen. Wir entnehmen daraus, daß solche Arbeiten auch Vereinigungen von Arbeitern übertragen werden können, ferner sollen bei gewerblichen Arbeiten nur solche Meister berücksichtigt werden, welche ihr Gewerbe ordnungsgemäß gelernt und ihren Arbeitern den ortsüblichen oder tarifmäßigen Gewerbesohn zahlen. Die Weitervergebung in Unteraccord (Schwibhsystem) ist nur in Ausnahmefällen gestattet. Der Zuschlag ist demjenigen Bewerber zu erteilen, dessen Angebot dem Mittelpreise sämtlicher Angebote am nächsten kommt, jedoch bleiben bei Feststellung dieses Mittelpreises Angebote von mehr als 30 Proz. unter dem Kostenanschlage oder mehr als 20 Proz. über den letztern unberücksichtigt. Die Vergebung an Generalunternehmer ist im allgemeinen ausgeschlossen. Die Erfüllung der den Arbeitern gegenüber festgesetzten Verpflichtungen ist in erster Reihe durch Abzug von den Kautionen zu sichern. Bei Ausführung der Arbeiten sind sowohl im eignen Betriebe des Staates wie bei der Vergebung an Unternehmer folgende Bestimmungen eingehalten beziehungsweise in die Bedingungshefte aufzunehmen: 1. Den Arbeitern muß mindestens der orts- und berufsübliche Tagelohn bezahlt werden. Wo zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter vereinbarte Tarife und Lohnfestsetzungen bestehen, bilden diese den Maßstab; in keinem Falle darf der Lohn unter

den ortsüblichen Lohn gewöhnlicher Tagelöhner sinken. 2. Die Arbeitszeit darf nicht über das orts- und berufsübliche Maß hinausgehen und soll in der Regel zehn Stunden nicht übersteigen. 3. Ueberstunden sind mit mindestens 25 Proz. Zuschlag zu vergüten. 4. An Vorabenden von Sonn- und Feiertagen hat der Schluß der Arbeit spätestens Abends 6 Uhr zu erfolgen und die darauf folgende Ruhezeit mindestens ununterbrochen 36 Stunden zu dauern. 5. Die gleichen Bedingungen gelten auch für die Accorarbeit. 6. Unverhältnismäßige Beschäftigung von Lehrlingen ist verboten. 7. Arbeiten, welche in Werkstätten hergestellt werden können, dürfen nicht in Heimarbeit vergeben werden. 8. Es sind in erster Reihe inländische Arbeiter zu beschäftigen; die Beschäftigung anderer Arbeiter darf nur zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen stattfinden.

Der Forderung eines Reichsarbeits-Amtes hat sich auch der Bund der Industriellen — nicht zu verwechseln mit dem jedweder Sozialreform abholder Zentralverbande deutscher Industrieller — angeschlossen. Hätte man sich mit der Errichtung eines Arbeits-Amtes früher befremden können, so brauchte man sich jetzt nicht mit den sehr fragwürdigen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit zu bemühen.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft errichtet eine Auskunftsstelle für Auswanderer unter Oberaufsicht des Reichskanzlers. In Aussicht genommen ist ein jährlicher Reichszuschuß. Man hofft den Auswanderern auch gewisse Vergünstigungen gewähren zu können.

Einen überaus traurigen Bericht über die Arbeitsverhältnisse in der Metall- und Maschinen-Industrie bringt die Zeitschrift Der Arbeitsmarkt. Auf eine von der Redaktion veranstaltete Rundfrage gingen Antworten ein, die sich auf etwa 132 000 Metallarbeiter beziehen, also mehr als den zehnten Teil aller im Metall- und Maschinengewerbe beschäftigten Personen. Fast an allen Orten, namentlich aber in den Hauptzentren dieser Industrie, so in Chemnitz, Magdeburg, im Solinger Bezirk usw., ist eine erheblich verkürzte Arbeitszeit eingeführt, die sich auf mehr als ein Drittel der Gesamtzahl erstreckt. Die Wirkungen der Krise beschränken sich aber nicht auf die bloße Verkürzung der Arbeitszeit, sie führen zu erheblichen Entlassungen und steigern die Zahl der Arbeitslosen. Von 83 000 Arbeitern, für die Angaben vorliegen, sind 11 150 ohne Beschäftigung, d. h. 13,9 Proz. — ein Prozentfuß, der allerdings nicht ohne weiteres auf die Million Metallarbeiter, die es in Deutschland im ganzen gibt, verallgemeinert werden darf. Dazu kommt endlich die Reduktion der Lohnsätze. Fast in allen größeren Betrieben werden Lohn- und Accordabzüge gemacht. Am schärfften gehen die Accordabzüge zurück. Lohnherabsetzungen haben bisher in Orten mit zusammen 80 000 Arbeitern stattgefunden. Auch in dem Hüttenbetriebe macht sich die Folge der Krise durch zahlreiche Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen um 10 bis 15 Proz. bemerkbar. Gegenüber dem Vorjahre sind die Löhne fast durchgängig um 25 Proz. gefallen. Nicht viel besser geht es den Holzarbeitern. Die genannte Zeitschrift gibt hierüber einen eingehenden Bericht aus den verschiedensten Orten. Wenn auch hier und da der Geschäftsgang noch ein leidlicher ist, so läßt derselbe doch im Durchschnitt sehr viel zu wünschen übrig. Nur im Textilgewerbe hat sich in manchen Bezirken eine Besserung bemerkbar gemacht.

Die Generaldirektion der Staatsbahnen in Bayern wurde vom Ministerium angewiesen, die auszuführenden Bauarbeiten in jeder Weise zu beschleunigen, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Derselbe Erlaß ist der Generaldirektion der Posten zugegangen.

Der Verband der Maschinen- und Metallwarenfabrikanten in Mähren und Schlesien beschloß eine allgemeine Betriebseinschränkung bis zu 40 Proz.

Die Nationalbank für Deutschland in Berlin, deren Personal etwa 350 Mann zählt, hat einen großen Teil desselben entlassen, darunter Leute, welche seit Jahren beschäftigt sind. Das Vermögen der Direktoren zählt nach dem Vorwärts nach Millionen, ihr „Einkommen“ bezifferte sich in guten Jahren auf 2—300 000 Mk. — sie wären also wohl in der Lage gewesen, die ohnehin nicht zu hoch bezahlten Beamten auf ihren Kosten zu belassen — aber so was gibt's heutzutage nicht. Auch die erst kürzlich gegründete Boden- u. G. in Berlin hat einer großen Zahl von Beamten gekündigt und die Gehälter der übrigen gekürzt.

Der wegen Urkunden- und Wechselfälschung im Betrage von 50 000 Mk. sowie wegen Unterschlagung von Burengeldern im Betrage von 1000 Mk. verfolgte Schriftsteller Ad. Lencer ist in München verhaftet worden. Der Stabfahriener in Königsbrück ist nach Verübung bedeutender Unterschlagungen flüchtig geworden. Desgleichen ein Bräunmaler in Lüttich, dessen Verbindlichkeiten auf 500 000 Fr. angewachsen sind, für die keine Deckung vorhanden.

Der Vorstand der Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter in Groß-Otterleben wurde verurteilt, weil er eine „Frauensperson“ als Mitglied aufgenommen, und dieses Urteil vom Land- und vom Kammergerichte bestätigt. Die Verurteilung erfolgte hauptsächlich aus dem Grunde, weil der Angeklagte öffentliche Versammlungen einberufen und geleitet habe, in welchen Gegenstände rein politischen Charakters besprochen wurden. Daraus wurde geschlossen, daß die Zahlstelle ein politischer Verein sei, obwohl dieselbe nach ihrem Statut und ihrer sonstigen Wirksamkeit nicht als solcher zu betrachten. Diese öffentl. Versammlungen hätten der Agi-



tation für den Verband gebietet und seien fast ausschließlich von Mitgliedern des Verbandes besetzt worden. Unter den obwaltenden Umständen seien dieselben als von der Verbandszahlstelle „ausgehend“ anzusehen.

**Lothnbewegung.** In Klein-Möhlau in Anhalt sind 43 Hämmer ausgeperrt. Der Anlaß war die Maßregelung von vier Mann durch die Firma Reichert, mit welchen sich die übrigen 13 solidarisch erklärten. Daraufhin sperrten die anderen drei Fabriken sämtliche Arbeiter aus. Das Streikkomitee in Nordhausen erjudet, den Boykott gegen die in Frage kommenden Fabrikanten bis auf weiteres fortbestehen zu lassen. Von den 600 Ausständigen ist trotz Beendigung des Streiks noch der größte Teil ausgeperrt. — Im Hafen von Palermo stellten die Doder die Arbeit ein. Der Verkehr im Hafen ruht vollständig.

In Spanien bereitet die Regierung ein Gesetz über den Streit resp. die Schaffung von aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzten Gerichtshöfen vor.

**Eingänge.**

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Verlag von Georg Reimer in Berlin) enthält in Nr. 3 des 5. Jahrganges: Amtliche Enqueten über die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Der Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinen-Industrie und Situationsberichte aus einzelnen Gewerben (s. o.). Statistisches Monatsmaterial. Haushaltskosten. Lebensmittelpreise im Oktober. Verwaltung der Arbeitsnachweise. Arbeitslosen-Fürsorge.

Von dem Prachtwerke Alpine Majestäten und ihr Gefolge, die Gebirgswelt der Erde in Bildern (Verlag der Vereintigten Kunstanstalten A.-G. in München, jährlich 12 Hefte à 1 Mk.) liegen Heft 9 und 10 vor. In bekannter Ausstattung, die jede Konkurrenz ausschließt, werden wieder eine Reihe von Gebirgslandschaften aus der Schweiz, Bayern, Tirol sowie aus Wales, dem Kaukasus und Norwegen vorgeführt.

Die Moderne Kunst (Verlag von Rich. Bong) bietet in ihrer dritten Nummer des 16. Jahrganges eine ganze Reihe vortrefflicher Holzschneide und Farbendrucke. Im Texte wird bekanntlich das Theater-, Musik- und Sportleben besonders gepflegt.

Die Zeitschrift Für alle Welt beginnt in Heft 4 des achten Jahrganges eine Artikelserie über Reformvorschläge für den höchsten Unterricht, hervorgegangen aus einer Umfrage bei hervorragenden Pädagogen und Gelehrten, Kaufleuten und Industriellen. Ein zweiter Artikel behandelt die Erzeugung von Brotgetreide im Deutschen Reich und die Mittel zur Vermehrung dieser Produktion. Sehr reichhaltig ist auch diesmal wieder die Rubrik der neuesten Erfindungen und Entdeckungen. Zahlreiche Illustrationen und eine farbige Kunstbeilage begleiten wie immer den Text.

**Briefkasten.**

H. M. in Berlin: Korrektur war wegen zu späten Eintreffens ihrer Karte nicht mehr möglich; 4 Mk. — G. F. in Berlin: 16,90 Mk. — Z. Chr. S. in Flensburg: Das Fehlen Ihres Inserates haben Sie sich wohl schon selbst durch spätere Eingänge Ihrer Karte erklärt. — Q. e. d., Stuttgart: Läßt sich im Hinblick auf die zu schaffenden paritätischen Arbeitsnachweise nicht mehr durchführen. Im übrigen besten Dank und freundl. Gruß. Verichtigung. In unsrer Gewerkschaftsübersicht in Nr. 128 hat der Druckfehler wieder einmal arg gehaust. Unsere geehrten Leser wollen also freudlichst Bemerkung nehmen, daß Redakteur Gué in seinem Wahlvereine nicht reagieren sondern revozieren soll. Weiter hat die Metallarbeiter-Zeitung dem Corr. keine tarifliche, wohl aber eine anscheinend knifflische Frage gestellt. Und schließlich hat nicht der Brauerei-Anzeiger — ein derartiges Gewerkschaftsblatt gibt es überhaupt nicht — sondern der Vereins-Anzeiger der Maler und Lackierer zu den bekannten Telegrammen sich geäußert. — Im Leitartikel der letzten Nummer muß es auf Seite 2, 3. Spalte, 5. Zeile von oben statt „zu veranlassen“ veranlassen heißen. — Der in der Correspondenz aus Krefeld in Nr. 127 des Corr. genannte Subilar schreibt sich Brenger nicht Drenger.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachung.**

Wir machen darauf aufmerksam, daß bei Konditionsangeboten sowohl innerhalb Deutschlands wie auch namentlich nach dem Auslande es dringend notwendig erscheint, sich unter allen Umständen der üblichen tarifmäßigen Bezahlung zu versichern und in Zweifelsfällen erst Erkundigungen bei den zuständigen Verbandsfunktionären einzuziehen, um sich vor Nachteilen zu schützen. Nach gegenseitigen Verbänden sind diesbezügliche Anfragen zu richten

für Oesterreich: an Franz Reismüller, Wien VII/1, Mariahilfsgasse 76,  
für die Schweiz: an C. Pfister in Bern, Friedbad 41,  
für die romanische Schweiz: an die Stellenvermittlung, Mar. Corbaz, Chales du Midi, Chemin Zurigoz, Lausanne,  
für Elsaß-Lothringen: an Alphonse Schmolli in Straßburg im Elsaß, Brunnengäßchen 5.  
Berlin. Der Verbandsvorstand.

**Nagden.** Vor Konditionsannahme am hiesigen Orte, besonders in der La Muelleschen Zeitungsbrederei, wolle man erst Erkundigungen beim Vorsitzenden einziehen.

**Krnsberg-Reheim.** Die Adresse des Ortsvorsitzenden lautet jetzt: Kaspar Heyer, Reheim, Ringstraße 45, II. **Braunschweig.** (Buchdruck-Maschinenmeisterverein.) Der Vorstand für das Jahr 1901/1902 besteht aus den Kollegen: H. Bergfeld, Schleinitzstraße 19, erster Vorsitzender; G. Steinbeck, zweiter Vorsitzender; R. Hecker, Nordstraße 19, Kassierer; H. Thies, Schriftführer; J. Horenbofel, A. Weferling und R. Schulze, Revisoren.

**Darmstadt.** (Maschinenmeister-Klub.) Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: Schäfer, Emilstraße 7, Vorsitzender; Böhl, Kassierer; Drmanns, Schriftführer.

**Hülfeldorf.** Die Mitglieder werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Buchdruckerei L. Schwann für Verbandsmitglieder geschlossen ist und bei Konditionsangeboten stets Erkundigungen beim ersten Vorsitzenden Friedr. Herzwurm, Oberstraße 8, einzuziehen.

**Erlangen.** Bei Konditionsangeboten (namentlich Maschinenmeistern) sind vorher stets Erkundigungen einzuziehen beim Vertrauensmann Karl Schm. Thalstraße 1.

**Freiburg.** (Maschinenmeisterklub.) Der Vorstand setzt sich aus nachfolgenden Kollegen zusammen: Ernst Spalte, Kreuzstraße 1, Vorsitzender; Paul Knoblich, Hugelstraße 34, Kassierer; Franz Behnder, Schriftführer; August Wilhelm, Revisor.

**Hannover.** Die Druckerkollegen werden im eignen Interesse erjudet, vor Annahme von Kondition in der Kfindwörthischen Hofbuchdruckerei (Inhaber Potranck) Erkundigungen beim Vorsitzenden Emil Fritzsche, Alsterstraße 29, einzuziehen. Die Buchdruckerei von Jaab & Kohranz ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

**Leer.** (Hilfsverband.) Der Vorstand des Ortsvereins setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: D. Grund, Westermeeblende 2, Vorsitzender; J. Peil, stellvertretender Vorsitzender; J. Wolf, Schriftführer.

**Magdeburg.** Unser Vereinslokal befindet sich von jetzt ab im Restaurant Reichshalle, Kaiserstraße 19. — Sonnabend den 9. November, zur Einweihung der neuen Vereinsräume, von 1/9 Uhr ab: kommers mit Damen.

**Ruhrort.** Der Seher Krogmann, bisher am Orte, zuletzt in Bielefeld, wird aufgefordert, umgehend seinen Verpflichtungen gegen den hiesigen Ortsverein nachzukommen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Frankfurt a. M. 1. der Drucker Karl Janzon, geb. in Hofgeismar 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied; 2. der Seher Georg F. Endres, geb. in Frankfurt a. M.-Bodenheim 1867, ausgel. in Frankfurt a. M. 1885; war schon Mitglied. — L. Numbler, Schulstr. 48.

In Friedberg (Hessen) die Seher 1. Gustav Morell, geb. in Friedberg 1875, ausgel. das. 1893; 2. Jean Schenk, geb. in Dorchheim b. Friedberg 1873, ausgel. in Friedberg 1892; waren noch nicht Mitglieder. — M. Kessler in Gießen, Kirchplatz 11, III.

In Glogau der Seher Franz Zingler, geb. in Glogau 1880, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — In Neusalz a. Ob. der Seher Max Vorwerk, geb. in Grünberg 1881, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — G. Hiescher in Glogau, Langestraße 88, III.

In Halle a. S. die Seher 1. Otto Freil, geb. in Beckwith (Zorgau) 1877, ausgel. in Halle 1896; 2. Ernst Krähopf, geb. in Mücheln 1880, ausgel. das. 1898; waren noch nicht Mitglieder. — C. Hallup, Beesenerstr. 19, I.

In Hamburg die Seher 1. Adolf Heine, geb. in Boizenburg a. E. 1883, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied; Max Haun, geb. in Schweinitz i. Schl. 1873, ausgel. das. 1892; 3. Hermann Hofmann, geb. in Hamburg 1876, ausgel. das. 1894; waren schon Mitglieder. — A. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 34, II.

In Kassel der Stereotypenmeister Gustav Vorderländer, geb. in Bomig 1868, ausgel. in Deutz 1887; war schon Mitglied. — In Homberg (Oberhessen) der Seher Lorenz Schwedhelm, geb. in Linden b. Hannover 1882, ausgel. in Hannover 1899; war noch nicht Mitglied. — Philipp Guthardt in Kassel, Rothenditmoeder Straße 5, Hfs., I.

In Königsberg i. Pr. der Maschinenseher Josef Wiehorek, geb. in Katscher (Kreis Leobschütz) 1879, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — W. Ginius, Saathelm 7.

In Münster i. W. der Seher August Kuszicka, geb. in Münster i. W. 1881, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — Gust. Wefesjer, Wolbederstraße 34.

In St. Johann (Saar) der Drucker Nik. Behholz, geb. in Wasserlesch (Trier) 1883, ausgel. in St. Johann (Saar) 1898; war schon Mitglied. — In Wöllfing (Saar) der Seher Peter Herrig, geb. in Trier 1880, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — C. Madenach in Saarbrücken, Meherstraße 14.

In Metz der Seher Wilhelm Ellrott, geb. 1882, ausgel. in Heiligenstadt 1900. — H. Götdden, Gutfstraße 16a, III.

**Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.**

**Hauptverwaltung.** Bericht vom Monate September. a) Auf der Reise: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 1012 Mitglieder, aus Kondition kamen

249 (hiervon waren 60 zum Bezuge der Ortsunterstützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 325 (169 Verbands- und 156 gegenseitige Mitglieder und zwar aus Oesterreich 87 Verb.- und 111 gegenf. Mitgl., aus Norwegen 1 Verb.-Mitgl., aus Dänemark 15 Verb.- und 3 gegenf. Mitgl., aus der Schweiz 34 Verb.- und 26 gegenf. Mitgl., aus Elsaß-Lothringen 23 Verb.- und 12 gegenf. Mitgl., aus Belgien 5 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Holland 1 gegenf. Mitgl., aus Rußland 2 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus England 1 Verb.-Mitgl. und aus Luxemburg 1 Verb.-Mitgl.), aus konditionslosem Aufenthalt kamen 122 (hiervon bezogen 91 Mitglieder vorher Orts-Unterstützung und zwar 19 bis zu 10 Tagen, 13 bis zu 20 Tagen, 11 bis zu 30 Tagen, 7 bis zu 40 Tagen, 10 bis zu 50 Tagen, 6 bis zu 60 Tagen, 10 bis zu 70 Tagen, 1 zu 90 Tagen, 3 bis zu 100 Tagen, 4 bis zu 120 Tagen, 4 bis zu 130 Tagen und 3 bis zu 140 Tagen), krank waren 28, vom Militär kamen 4, zusammen 1740 Mitglieder (1366 Verbands- und 374 gegenseitige Mitglieder, hierunter 160 Oesterreicher, 106 Ungarn, 8 Norweger, 30 Dänen, 41 Schweizer, 19 Elsaß-Lothringer, 3 Franzosen, 2 Schweden, 2 Russen, 2 Serben und 2 Rumänen. Von diesen auf der Reise befindlichen 1740 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 3 unter 6 Beitr., 17 6—12 Beitr., 556 13—49 Beitr., 268 50—74 Beitr., 197 75—99 Beitr., 216 100—149 Beitr., 298 150—499 Beitr., 23 500—749 Beitr. und 9 Mitglieder über 750 Beiträge. Es traten wieder in Kondition 378 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 237 (67 Verbands- und 170 gegenseitige Mitglieder und zwar nach Oesterreich 39 Verb.- und 118 gegenf. Mitgl., nach Dänemark 6 Verb.- und 19 gegenf. Mitgl., nach der Schweiz 8 Verb.- und 18 gegenf. Mitgl., nach Elsaß-Lothringen 7 Verb.- und 10 gegenf. Mitgl., nach Belgien 1 Verb.- und 2 gegenf. Mitgl., nach Holland 2 Verb.- und 3 gegenf. Mitgl., nach England 1 Verb.-Mitgl., nach Luxemburg 2 Verb.-Mitgl. und nach Rußland 1 Verb.-Mitgl.), bei Schluß des Berichtes verblieben konditionslos am Orte 168 (davon traten 54 in den Bezug der Orts-Unterstützung), krank wurden 7, ausgesteuert 1, zum Militär einberufen 2, ausgesprochen 2, Legitimation abgenommen 1, der Nachweis hörte auf bei 10, auf der Reise verblieben 934, zusammen 1740 Mitglieder und zwar 1473 S. (erhielten 27052 Tage), 234 Dr. (erhielten 4627 Tage) und 33 G. (erhielten 549 Tage Unterstüfung). Außerdem waren nach den Angaben der Reiseassistenten 27 nichtbezugsberechtigte und 25 ausgesteuerte Mitglieder auf der Reise. Es wurde veranlagt: An 997 Mitglieder für 19161 Reisetage (grüne Leg.) à 1 Mk. = 19161 Mk., an 743 Mitglieder für 13067 Reisetage (weiße Leg.) à 1,25 Mk. = 16333,75 Mk., an Porto 26,17 Mk., an Remuneration 522 Mk., in Summa 36042,92 Mk., hiervon 27928,67 Mk. an Verbands- und 8114,25 Mk. an gegenseitige Mitglieder und zwar: 3185 Mk. an Oesterreicher, 2596 Mk. an Ungarn, 166,75 Mk. an Norweger, 805 Mk. an Dänen, 740,25 Mk. an Schweizer, 364,50 Mk. an Elsaß-Lothringer, 40,50 Mk. an Franzosen, 35,50 Mk. an Serben, 73,50 Mk. an Rumänen, 25 Mk. an Schweden, 82,25 Mk. an Russen. (Gegen denselben Monat des Vorjahres mehr: 378 Mitglieder, 8935 Reisetage und 9958,35 Mk.)

b) Am Orte: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 1252 Mitglieder, neu hinzugekommen 1361, zusammen 2613 Mitglieder; hiervon waren berechtigt zu 70 Tagen à 1,25 Mk. 329 Mitglieder (275 S., 45 Dr. u. 9 G.), zu 70 Tagen à 1,50 Mk. 520 Mitglieder (428 S., 74 Dr. u. 18 G.); zu 140 Tagen à 1,50 Mk. 1642 Mitglieder (1412 S., 179 Dr. u. 51 G.) und zu 280 Tagen à 1,50 Mk. 122 Mitglieder (111 S., 9 Dr. u. 2 G.). Es traten wieder in Kondition 1098 Mitglieder (941 S., 127 Dr. u. 30 G.), gingen auf der Reise 108 (100 S. u. 8 Dr.), wurden krank 12 (10 S. u. 2 Dr.), ausgesteuert 121, wovon 34 (26 S., 4 Dr. u. 4 G.) mit 70 Tagen à 1,25 Mk., 46 (32 S., 10 Dr. u. 4 G.) mit 70 Tagen à 1,50 Mk. und 41 (32 S., 6 Dr. u. 3 G.) mit 140 Unterstüfungstagen à 1,50 Mk., zum Militär einberufen wurden 4 (1 S. und 3 Dr.), zu einem andern Berufe gingen 8 (5 S. u. 3 Dr.), gemäß § 5 der Beschlüsse b die Unterstüfung entzogen 2 (2 S.), ausgesteuert 1 (1 S.), im Bezuge der Unterstüfung verblieben am Schlusse des Monats 1259 Mitglieder (1076 S., 144 Dr. u. 39 G.), wovon 157 (134 S., 20 Dr. u. 3 G.) zum Bezuge der Unterstüfung bis zu 70 Tagen à 1,25 Mk., 260 (220 S., 33 Dr. u. 7 G.) bis zu 70 Tagen à 1,50 Mk., 793 (680 S., 85 Dr. u. 28 G.) bis zu 140 Tagen à 1,50 Mk. und 49 (42 S., 6 Dr. u. 1 G.) bis zu 280 Tagen à 1,50 Mk. berechtigt sind, zusammen 2613 Mitglieder und zwar 2226 S. (erhielten 35144 Tage), 307 Dr. (erhielten 4617 Tage) und 80 G. (erhielten 1388 Tage Unterstüfung). — Diese 2613 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gane wie folgt: Bayern 203 (darunter München 102, Nürnberg 41, Augsburg 12, Erlangen und Würzburg je 10, Regensburg 5, Landshut 4), Berlin 772, Dresden 149 (darunter Ort Dresden 121, Zittau 8, Pirna 4), Erzgebirge-Vogtland 60 (darunter Chemnitz 20, Plauen 6, Crimmitschau und Meerane je 5, Werbau 4), Frankfurt-Genen 71 (darunter Frankfurt a. M. 43, Kassel 20, Gießen 4), Hamburg-Altona 144, Hannover 118 (darunter Ort Hannover 66, Braunschweig 32, Osnabrück 9), Leipzig 196, Mecklenburg-Lübeck 13 (darunter Lübeck 5, Neustrelitz 4), Mittelrhein 84 (darunter Mainz 15, Mannsheim 10, Hanau 9, Darmstadt, Saarbrücken und Wiesbaden je 8, Neustadt 7, Ludwigshafen 5), Nordwest 28 (darunter Bremen 17, Westermünde 8, Oldenburg 5),

Oberhein 33 (darunter Freiburg 13, Karlsruhe 11, Konstanz 6), Ober 69 (darunter Stettin 23, Potsdam 6, Greifswald 5), Niederland-Thüringen 67 (darunter Langensalza 12, Naumburg und Weimar je 9, Gera 6, Mühlhausen 5), Ostpreußen 35 (darunter Königsberg i. Pr. 31), Posen 19 (darunter Bromberg 12, Posen 4), Rheinland-Westfalen 158 (darunter Krefeld 18, Köln 16, Essen 14, Düsseldorf 12, Bochum 11, Aachen 10, Elberfeld 9, Gelsenkirchen 6), An der Saale 101 (darunter Halle 29, Magdeburg 15, Dessau 11), Schlesien 144 (darunter Breslau 88, Siegnitz 13, Hirschberg 11, Würtz 8), Schleswig-Holstein 30 (darunter Kiel 8, Flensburg 6, Lönbern 4), Westpreußen 7 (darunter Danzig 6) und Württemberg 112 (darunter Stuttgart 87, Eßlingen und Heilbronn je 6).

Es wurden vorausgibt: In 328 Mitglieder für 4759 Tage à 1,25 Mk. = 5948,75 Mk. und an 2285 Mitglieder für 36390 Tage à 1,50 Mk. = 54585 Mk., in Summa 60533,75 Mk. (Gegen denselben Monat des Vorjahres mehr: 679 Mitglieder, 13134 arbeitslose Tage und 19337,75 Mk.) — Diese 60533,75 Mk. verteilen sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 4678 Mk., Berlin 17668,75 Mk., Dresden 3520,75 Mk., Erzgebirge-Bogel-land 1350,25 Mk., Frankfurt-Hessen 1432,75 Mk., Hannover-Altona 2916,50 Mk., Hannover 2776,25 Mk., Leipzig 4338,50 Mk., Mecklenburg-Lübeck 148 Mk., Mittelrhein 1971,25 Mk., Nordwest 581,50 Mk., Oberhein 557,75 Mk., Ober 1471,50 Mk., Osternland-Thüringen 1444 Mk., Ostpreußen 979,25 Mk., Posen 617,75 Mk., Rheinland-Westfalen 4035,25 Mk., An der Saale 2080,50 Mk., Schlesien 3713,75 Mk., Schleswig-Holstein 717,50 Mk., Westpreußen 120,50 Mk. und Württemberg 3413,50 Mk.

Insgesamt wurden im Monate September auf der Reise und am Orte an 4353 bezugsberechtigte Mitglieder für 73377 Tage 96576,67 Mk. Unterstützung gezahlt. (Gegen denselben Monat des Vorjahres mehr: 1157 Mit-

glieder, 22069 Unterstützungstage, und 29296,10 Mk.) — Gesamtansgabe im dritten Quartale 1901 (ohne die event. noch eingehenden Nachträge): 302882,92 Mk. für 229761 Tage, was gegen dasselbe Quartal im Vorjahre ein Mehr von 123293,08 Mk. und 91012 Tagen ausmacht.

**Sarmstadt.** Der Seher Josef Reichard aus Bergheim, welcher ohne Buch von hier abreiste, wird er sucht, dasselbe einzulösen, andernfalls Antrag auf Ausschluß gestellt wird. Die Herren Verbandsfunktionäre wollen denselben hierauf aufmerksam machen. — Der Drucker Gust. Brodhag aus Wilschbach hat nach Angabe sein Verbandsbuch (Mittelrhein 1573, ausgestellt am 27. März 1901) auf der Reise in Bayern verloren und ersieht derselbe ein neues Buch ausgestellt. Ersteres Buch wird hierdurch für ungültig erklärt.

**Stettin.** Da der bisherige Reisescheffverwalter Riesebeck den Ort verläßt, ist Kollege Otto Daug hierzu bestellt worden. Die Auszahlung des Reisescheffes findet von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Wohnung desselben, Philippstraße 12, Vorderhaus, II, rechter Ausgang, statt.

— Für den Seher Hugo Hammer aus Königsberg in Preußen (Distr. 544) liegt ein Brief mit dem Poststempel Swinemünde (Militaria) auf dem hiesigen Verkehr, Bismarckstraße 10.

**Tarif-Ausschluß für Deutschlands Buchdrucker.**

**Kreis IX (Nordost).** Bei der Wahl eines zweiten Gehilfen-Stellvertreters im Tarif-Ausschluß wurden 1542 Stimmen abgegeben. Es erhielten Friedrich Kraemer in Stettin 944, G. E. Wartsch in Bromberg 529 Stimmen, 45 Stimmen zerplitterten sich, 24 waren ungültig. Gewählt ist somit Kollege Friedrich Kraemer in Stettin. **H. Schlag, Gehilfenvertreter.**

**Zur Beachtung für nach Oesterreich reisende Kollegen.** An den der Grenze zunächst gelegenen Zahlstellen in Oesterreich wird die Reise-Unterstützung von nachbenannten Verwaltern ausgegibt: Regenz: Ludwig Wilhelm, Gasthaus Bavaria, Berggasse (6-7 abds., Sonnt. 11-12 vorm.). — Budweis: Th. Casourel, Hotel zu den drei Hahnen, Ringplatz (1/2 6-1/2 7), Sonnt. Grafnerstr. 158a bei Lobus (10-11). — Eger: Gg. Kämpf, Martingasse 18, I, gegenüber der Kaiserburg (12-1, 7-8, Sonnt. 12-1). — Freiwaldau: Wl. Hadenberg, Dittrichstein (Ziegelofen) Nr. 41 (12-1 mitt., 6-7 abds., Sonntags 12-1 Uhr mittags). — Jmst: Jof. Wächter, Krämergasse 134, III (1/2 7-7 abds.). — Jmstbrud: Ignaz Lun, Jmstbrunn 12, II (1/2 7-1/2 abds., Sonnt. 10-11). — Pardubitz: Franz Král, Spolecna tržiziskarna (11-12 mittags, 5-6 abds., Sonntags Hofstynsagaße 532). — Pilsen: K. Weber, Dominikanergasse, Gasthaus zum goldenen Engel (12-1/2 6-1/2 7), Sonntags (12-1 mittags) Jungmannstraße Nr. 42. — Reichenberg: Dskar Pajdka, Herberge der vereinigten Genossenschaften, Friedländerstr. 23 (Wochentags 6-7 abds., Sonnt. 11-12 mitt.). — Ried (Jmstkreis): Ferd. Rothauer, nur an Wochentagen (nach vorheriger Anmeldung in der Pressevereinsdruckerei, I. Stock) im bürgerlichen Bräuhaus (6-7 abds., Sonntags 12-1 mittags). — Saßburg: F. K. Hietl, Gasthaus zum Steinhore, Steingasse 20 (7-8 abds.). — Scharding: Leopold Murader, Salletmays Gasthaus (6-7 abds., Sonntags 12-1 mitt.). — Teplitz: Jof. Lotzke, Gasthaus zum Engelbert, Marktplatz (6-1/2 7, Sonnt. 11-12). — Tetschen: Hugo Tauber, Genossenschaftsgasthaus, Neustadtgasse 21 (1/2 7-1/2 abds., Sonnt. 1/2 1-1/2 nachm.). — Tetschen a. d. Elbe: Dskar Seide, Schiffgasse 179, I (vis-à-vis der Leitmeritzer Bierhalle) 1/2 7-7 abds., Sonntags 1/2 1-1 mittags). — Troppau: Karl Werner, Rathborerstraße 35 (12-1, 6-7 abds. und Sonntags 12-1 mittags).

**Schreibschriften**  
(neue) in 5 Größen, von Cicero bis Doppelmittel, in kleineren Teilen abzugeben. Werte Dff. u. C. Fr. K. 101 Hauptpostl. Stuttgart erb.

Erster [178]

**Accidenzseher**

im Entwurf, Satz und Comptatenschnitt durchaus firm, geücht, Selbstgefertigte Muster und Zeugnisabschriften erbeten.  
Gottl. Schmidt, Reinscheid, Bankstr. 6.

Wir suchen einen jüngern, militärischen Seher, der perfekt stenographieren kann, und sehen Offerten nebst Gehaltsansprüchen entgegen. Solche, die bereits Gespräche am Telephon stenographisch aufgenommen, werden bevorzugt. [716]

**Mannheimer Vereinsdruckerei.**

**Hamburg-Altona. Maschinenmeisterverein.**  
Sonntabend den 9. November, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Opitz, Kaiser Wilhelmstraße 48.

**Monatsversammlung.**

Tagesordnung u. a.: Vortrag des Kollegen W. Wist über dreifarbiges Bildrdruck. Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Der Vorstand.** [727]

Ringette Nr. 1, Stahl, kräftig	1,00 Mk.	Zurichtemesser:	1,00 Mk.
" " 2, vernickelt, leichter	1,00 "	zweifseitig, zum Einschleiben	1,00 "
" " 3, Stahl, klein	0,80 "	Goldseht, mit nachstellb. Ringe	1,20 "
" " 4, " geringere	" "	Dasselbe, größer	1,25 "
Spannweite 0,50	" "	Raumbaumh., Reußsilberhülle	1,75 "
Schneider mit Ebenholzgriff	0,25 "	Referverstellungen, klein	0,35 "
Zurichteschere, 9 1/2 cm lang	1,00 "	größer	0,50 "
" " 10 "	0,75 "	Zurichteschere, 11 cm lang	1,25 "
" " " "	1,00 "	Papierscherer, 26 cm lang	2,00 "

Bloufen — Große Auswahl — Spühanzüge [520]

**Graphische Verlags-Anstalt P. Goldschmidt, vormalig Hermann Sadje, Halle a. S., Goethestraße 11.** Ludwig Buchererstr. 28.

**Düsseldorf. Samstag den 9. November, abds. 8 1/2 Uhr:**

**Monatsversammlung**  
im Vereinslokale. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Bericht für das dritte Quartal; 4. Auffstellung eines Kandidaten zur Gewerbegerichts-wahl; 5. Neuwahl eines Bibliothekars; 6. Abhaltung von Versammlungen im Bezirk Düsseldorf; 7. Verschiedenes. — Allseitiges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.** [731]

**Ortsverein Duisburg.**  
Samstag den 9. November, abds. 8 1/2 Uhr:  
**Ordentliche Monatsversammlung**  
im Vereinslokale Gambinus. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern per Zirkular zu. — Um pünktliches und vollständiges Erscheinen erucht dringend **Der Vorstand.** [732]

**Norddeutscher Maschinensetzer-Verein.**  
Sitz Hamburg.  
Sonntag den 10. November, nachm. 2 Uhr:  
**Versammlung**  
im Vereinslokale, Restaurant Opitz, Kaiser Wilhelmstraße 48. — T. D.: 1. Mitteilungen; 2. Kasienbericht vom 3. Quartale; 3. Beschlußfassung üb. d. Stützungsfest (Geldbewilligung); 4. Die Monotypie; 5. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

**Schweizerdegen**  
für sofort gesucht, vertraut mit der Victoria-Flügeldruckpresse, erfahren im Drucken und Färbigen sowie im modernen Webzweige. Werte Offerten unter Nr. 724 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Eüchtiger, korrekter Schrifteleher**  
Sucht für sofort oder später Kondition. Werte Offerten erbeten an **Herrn Heller, Schriftf. Friedland (Breslau).** [720]

**Buchdrucker-Studien.**  
Lustige Blätter aus dem Skizzenbuche eines Leipziger Buchdruckers, mit humoristischen Versen von Sq.  
Heft I, II, III à 50 Pf.

„Von Kollegen geschaffen, schlagen diese Studien den rechten kollegialen Ton an, um zu Herz und Gemüt jedes Gutenberglügers zu dringen. Wie mancher wird durch die Scenen an Epistolen aus seinem eignen Erdenwallen erinnert und deshalb die für je 50 Pf. käuflichen Heften gern auf seinem Büchertische auflegen.“ (Deutscher Buch- u. Steinbrucker 1901, S. 9, S. 723).

**Graphische Verlags-Anstalt P. Goldschmidt, vormalig Hermann Sadje, Halle a. S., Goethestraße 11.** [582] Ludwig Buchererstr. 28.

**Ortsverein Trebbin.**  
Sonntabend den 9. November feiert der Ortsverein Trebbin im **Gasthof zum Honprinz** sein 3. Stützungsfest in Gestalt eines **Herrnabends.**  
Hierzu werden die Kollegen der umliegenden Druckorte, insbesondere der Verein ehemaliger Trebbiner in Berlin herzlichst eingeladen. [704]

**Nach Dresden**  
Sucht jüngerer, flott und sauber arbeitender Seher (verheiratet) sofort dauernde Stellung. Werte Offerten erbeten an **G. Saubert, Grimmstr. 5, Zornstraße 5.** [731]

**Junger, freibauer Seher**  
in allen Sphären bewandert, Sucht zum sofortigen Eintritt Stellung. Werte Offerten mit Gehaltsangabe erbeten an **Ernst Wagner, Halle in Westf., Rosenstraße 109.** [711]

**30 Jahre Vereinsgeschichte**  
der organisierten Buchdrucker-Gehilfen Dortmunds.  
Festschrift zum 30-jährigen Stützungsfeste am 26. und 27. Oktober 1901.  
Eine Anzahl Exemplare dieser Festschrift sind noch durch **Karl Schwalm, Dortmund, Burgmundastraße 15, II**, gegen Einsendung von 50 Pf. in Briefmarken zu beziehen. [698]

**5 Mk. Belohnung**  
dem, der zuerst den Wohnort eines Buchdr. **Nich. Senjan, geb. Berlin 2/3. 75, Maschinenr. Ludw. Schneider, geb. Erfurt 11./10. 68, an gibt.** **Photofia Berlin 53.** [701]

Der Mitgliedschaft Nürnberg sowie unserm Verkehrswirte Herrn Wibel für freundliche Aufnahme unsern besten Dank!  
**Die neun Durchreisenden.** [729]

**Maschinenmeister**  
Speziell im Illustrations- und Dreifarben-drucke stens, wünscht sich zu verändern. Werte Offerten wolle man gef. richten an **G. Hildebrandt, Berlin, Buchdruckerei W. Wizenstein, Friedrichstraße 240.** [721]

**Maschinenmeister, 24 J. a., verh., tücht. im Accid., Wert u. Katalogdr., f. sof. Kond. in Leipzig.** W. Dff. erb. an **A. Springer, Leipzig-Bl., Rathausstraße 39.** [730]

**Maschinenmeister, 25 J. alt, in allen vorstehenden Arbeiten (auch in der Flachstereotypie) bew., mit dem Gasmotor vertr., erb. f. sof. Stellung. Werte Dff. an Gehaltsang., erb. **A. Schöne, Halle a. S., Gr. Brunnenstr. 36.****

**Seher Karl Siebenwirth**  
erhält zum 18. Nov. in **Ahrweiler** Kondition.

Bei Einführung des neuen Tarifes leisten die **Tabellen zur Satzberchnung** gute Dienste. Zu beziehen durch **R. Härtel** in Leipzig-N., Eisenbahnstraße 15, für 3 Mk.

**Aachen. Samstag d. 9. Nov., abends 9 Uhr: Monatsversammlung.**  
T. D.: 1. Mitteilungen; 2. Kasienbericht pro 3. Quartal; 3. Antrag betr. Benutzung der Vereinsbibliothek seitens der Lehrlinge; 4. Interpellation wegen Entlassung zweier Kollegen; 5. Unterstützungsgesuch; 6. Bestimmung über die Verwendung der aus dem Biermarkenverlaufe angekauften Gelder; 7. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.** [732]

**Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlin und Umgegend.**  
Montag den 25. November in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:  
**Generalversammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen (Statutänderung); 2. Regelung der Arbeitslosen-Unterstützung; 3. Kasienbericht und Bericht der Revisoren; 4. Verschiedenes. [728] **Der Vorstand.**

**Technik der bunten Accidenz.**  
**Nich. Härtel** in Leipzig-N. — 3,50 Mk.

Am vergangenen Sonntabend verstarb nach längerem Leiden unser werttes Mitglied und Kollege  
**Louis Wedermann**  
47 Jahre alt. Möge ihm die Erde leicht sein! **Bezirksverein Naumburg.** [726]

**Richard Härtel, Leipzig-N.**  
Buchhandlung und Antiquariat  
Hierfür Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.  
Die typogr. **Rhänomene**. Veruch einer Geschichte der Schriftmaschinen. I. Heft. Die verschiedensten nichtmaschinenellen Satzbesetzungsvorläufe. Von Höger. 1 Mk.  
**Typographisches Wörter.** Kurze Hinweise und Erinnerungen für die Buchdruckerpraxis. Nach Aufzeichnungen und Erfahrungen bearbeitet von **G. Schwart.** Zweite durchgesehene Auflage. 60 Pf.